

G-Ch
Dietikon
1920



G - Ch
Dietikon
1920

Gemeinde Chronik von
Dietikon.

1920.

Gemeindechronik von Dietikon.

1920.

I. Witterung und Landwirtschaft.

Die Wetterbilanz des Jahres ist eine recht interessante. Am langjährigen Jahresdurchschnitt der Temperatur gemessen, erscheint es als eines der wärmsten in den letzten 20 Jahren. Auf den Bergeshöhen übersteigt die mittlere Jahrestemperatur von 1920 die langjährige fast um volle 2 Grad. Auf der Rigi-Kuppe z. B. ist die Mitteltemperatur des Jahres 1920 nahezu 4 Grad C; der normale Betrag ist nur 2 Grad. In der Jahressumme des Niederschlages erscheint das Jahr als außerordentlich trocken; es ist sogar eines der trockensten der letzten 50 Jahre. Für Zürich erreicht die Niederschlagshöhe nur 737 Millimeter, was einen Fehlbetrag von fast 400 mm gegenüber dem normalen Jahresdurchschnitt ausmacht. Auf der Südseite der Alpen dagegen erscheint das verflopfene Jahr als ziemlich naß; die Jahresmenge des Niederschlages erreichte in Lugano 2200 mm, d. h. 500 mm über dem Normalbetrag. (Ueberschneimungen im September). Nach den weiteren offiz. Erhebungen der meteorolog. Zentralanstalt sind die Resultate der Sonnenscheinregistrierung noch ziemlich befriedigende. Zürich hat über 1500 Stunden gelobt, Basel 1760, Lugano 2040, Säntispitze 1670. —

Kein so milden Januar wie den von 1920 haben wir seit 1916 nicht erlebt. Damals wies er einen Temperaturüberschuß von 5,3 Grad auf. Kilder war seit 1826 nur noch der sühnlich bekannte Januar 1834, der nur 6,4 Grad zu warm war und in welchem man nach Mitteilungen von Augensengen sogar gossen konnte. Gleich mild wie hener war der Januar 1877. Die allgemeine Ansicht, als ob die Winter immer milder würden, scheint also nicht zutreffend zu sein. —

Der Wärmeüberschuss des Januar 1920 betrug 4,5 Grad. Dabei war die Wärmeverteilung derart, daß kein einziger Tag die mittlere Januartemperatur hatte. Selbst der kälteste Tag, der 24., war im Tagesmittel noch 0,2 Grad zu warm, während der wärmste Tag, der 13., ein Temperaturmittel aufwies, das einer normalen Mai-temperatur gleich kam. An diesem Tag stieg das Thermometer auf 14,6 Grad, d. h. 4,6 Grad höher, als die durchschnittl. höchste Januartemperatur, während die tiefste Temperatur, 5,1° unter Null am 24., um 7,8° höher war, als die durchschnittlich tiefste Januartemperatur. Frosttage gab es 20, statt 24; Tage ohne Aufstauen keinen einzigen, statt 9. - In der ersten Hälfte war der Jänner ein netter Sommer, bei herrschendem Süd-, Südost- und Westwind. In der 2. Hälfte netzten die Ansehn schon die Schnäbel zu ihrem ersten Frühlingsgesang und die Bienen unternahmen ihren ersten Reinigungsflug. Der Föhnsturm vom 13. richtete da und dort in den Waldungen und im Dorf Schaden an.

Februar und März dürfen, einige winterliche Un-
erbrechungen abgesehen, als Frühlingsmonate be-
zeichnet werden. Schon anfangs des Monats ^{Febr.} sangen
die Ansehn ihre Frühlingslieder und die ersten Bie-
nen zeigten sich. Das schöne, warme Wetter hielt
an bis zum Ende der ersten Märzwoche, dann
folgte ein starker Wettersturz. Vom 7. auf den 8.
März fiel die Temperatur um 15 Grad und stand
auf 11 Grad unter Null. Zum Glück hielt die
Kälte nicht lange an. "Gepi Gewalt wird nicht alt".
Kühle Nächte hielten einen verpöbten Trieb der Bän-
ne zurück. Da und dort wurde im März gegrest
oder Trieb auf die Weide getrieben. - Die Mittags-
wärme für die ersten drei Monate des Jahres erreichte
die höchsten Zahlen die seit 50 Jahren gebucht wur-
den. Auch an Sonne waren diese Monate ungewöhn-
lich reich. Von Ende Dezember bis Mitte April

verzeichnet die zürl. meteorolog. Zentral 445 Stunden Sonnenschein, was für den Tag 4 Stunden ausmacht, eine im Vergleich zur Tageslänge sehr hohe Zahl.

Als Kuriosum mag gebucht werden, dass sich in den ersten Monaten des Jahres im Reppischtal und an andern Orten der Umgegend Wildschweine bemerkbar machten. Im Januar wurde ein solches auf dem Werkplatz der Möbelfabrik Gyger und Limberg in Altsletten erlegt. Es wog ausgewischt 38 kg. In seinem Magen fanden sich Rübli und Obst. - Im September wurde im Fahrwald ein großes Wildschwein gesehen. Sonst sieht man nicht allzuviel Wild, hier und da Hasen oder vereinzelte Rehe, namentlich am Hasenberg. Auch Füchse spürt man hier und da. Auffallend groß dagegen ist die Zahl der Elstern und Kärschen. -

Der April war, wie's der Bauer gerne sieht: "Abillepflaster fällt Christe und Chaste". Die Durchschnittswärme des Monats war in Dietikon 9 Grad, die Regenmenge an 15 Regentagen 266 mm. Am dem 20. des Monats standen die Obstbäume schon im schönsten Blüthen Schmuck da. Auf einen solchen Blüthenreichtum drohte man nach dem reichen Obstsegen des letzten Jahres nicht hoffen. Auf den Wiesen wird regelmäßig Gras geschnitten, eine Erleichterung für viele Bauern, deren Flurstücke geschwendet sind. In den Reben konnte die Frühlingsarbeit so gefördert werden, dass sie bis Ende des Monats beendigt war. Zwar verschwindet bei uns ein Rebstück nach dem andern. Bald sind es nur noch wenige Liebhaber, die sich der Mühe nicht verdrissen lassen echten "Dietiker" zu erzeugen, ein Getränk, das die Lücken in den Hänepfen zusammenzieht, wenn nicht mit Zuckersapfen etc. daran herum gewokt wird. Zahlreich waren in früheren Jahren die Rebstücke, ob es in 10-20 Jahren links der Limmat noch welche hat, ist fraglich. Der billige fremdländische Wein, der hockt und leidet

viel Schnaps nehmen die Stelle des einheimischen Weines ein. Rechts der Linnat, in Weiningen, Gwaldbühl und Bethwil degegen gibt es noch viel Weinberge, - welche, nun dies gleich hier zu erwähnen, dieses Jahr fast keinen Ertrag gaben. Als Grund wird angegeben, die Reben hätten sich im Frühjahr und Sommer so sehr entwickelt, daß man mit dem Bespritzen derselben, das man zur gewöhnlichen Zeit vornahm, zu spät dran gewesen sei, um die Rebkrankheiten erfolgreich bekämpfen zu können. Links der Linnat, wo die Entwicklung langsamer vor sich ging, hatte die Bespitzung Erfolg und der Ertrag im Herbst war befriedigend.

Auf den feuchten April folgte ein goldener Mai, in dem Regen und Trockenheit gar schön verteilt waren. Die gefürchteten Eisheiligen, Pantokrator, Servatius und Bonifatius, gingen, ohne Schaden zu tun, vorbei. Die fast sommerliche Wärme tags über bewirkte fast jede Nacht Gewitterbildung. Auch der ganze Sommer war überaus reich an Gewittern, sodaß unsere Weinger Nachbarn hier und da ihre Hagelkanonen in Funktion setzen mußten. - Es gab im Mai auch nicht eine Kulturart, die nicht zu guten Hoffnungen berechtigte. Sowohl die Katur - als auch die Kurzweiden reisen einen sehr guten Stand auf. Die äußerst 'wachsige' Witterung bewirkte, daß sich auch die feinen Grassarten entwickeln. Und dabei war das Gras von einer unbeschriebenen Güte und Mildegiebigkeit. Auch in den höher gelegenen Regionen war das Wachs ein vorzügliches. Ein alter Mann versicherte mir, daß er sich eines so guten Standes der Wiesen und Weiden nur diese Jahreszeit nicht erinnere. - Die Wintergetreidefelder standen ebenfalls vorzüglich. Auch spät in den Boden gekommene Saaten hatten sich gekräfftigt. Da und dort war der Stand der Getreidefelder nun zu dicht, sodaß man mit selbst Uebereizen einer drohenden Lagerung vorbeugen

musste. Die Samen der Sommergetreidearten konnten unter den günstigsten Bedingungen in den Boden gebracht werden und die jungen Pflänzchen entwickeln sich zusehends. Die Obstbäume setzten gut an und obwohl die Nacht vom 5. zum 6. Mai starken Frost brachte, geschah kein Schaden. In frühen Tagen begann in der 2. Hälfte des Monats der Flenet, der vom schönsten Wetter begünstigt war.

Der Juni war unbeständig und zeigte auffallend tiefe Barometerstände. Während der Frühling ungewöhnlich zeitig und warm eingesetzt hatte, hat der Anfang des Sommers den angesprochensten Wettersturz des Jahres gebracht. Wer mit dem Flenet vor dem Witterungswechsel nicht fertig geworden, musste die günstigen Augenblicke eigentlich erstehen, so dass noch den ganzen Monat hindurch da und dort geerntet wurde. Trotzdem war der Ertrag nach Quantität und Qualität gut. - Für die Tomaten scheint der Juni kein guter Monat gewesen zu sein. Was die Bienen im goldenen Mai eingesammelt hatten, hat der kühle, nahe Juni aufgerührt. Eine ungewöhnlich anregende Regennacht war die vom 30. Juni. Es goss wie mit Kübeln und innerhalb weniger Stunden fielen 87 mm, d. h. $\frac{2}{3}$ der gesamten Regenmenge des Monats.

Der Juli war ein rechter Hochsommermonat mit sehr heißen Tagen. Ohne Kellwassertropfen ging es allerdings auch mild ab in diesem Wärme Monat, der auch einige ungewöhnliche Witterungserscheinungen aufwies: wolkenbruchartige Regen, Temperatursturz von 22 Grad auf 2 Grad mit Kesseln bis zu 1000 m. hinunter. - Die Gärten, Felder und Wiesen standen prächtig, die Kirschenente befriedigend, die Beerenente vorzüglich. - Auf dem Wochenmarkt galten Kirschen durchschnittlich 60-80 Rp. je Kg, Himbeeren 1. 30-1. 50, Johannisbeeren 80, Kabis 30-40, Kohl 40-50 Rp. je Kopf; Riebli 30, Erbsen 50-70 Rp. je Kg.

Der August war ein für den Landwirt sehr guter Monat. Er brachte die nötige Wärme und Feuchtigkeit und prächtiges Landwetter. In der 2. Hälfte des Monats war der Landbau bis in die höheren Lagen hinauf in vollem Gang, im Tal 2. T. schon beendet. Prächtiges Wetter begünstigte das Einbringen des Futters. Die Grünfütterbewegung bildete nicht die ständige Lage, wie dies 1919 der Fall war. Der Ertrag des 2. Schnittes war ebenso befriedigend, wie der des ersten. Auch die gesamte Frucht war wohlgeartet, die Getreidefelder nun den 20. bereits schmittreif. Das Mähen machte jedoch schwere Arbeit, da infolge der häufigen Platzregen das Getreide vielfach gelagert war. Stehende Getreidefelder bildeten die Ausnahme, besonders auf den allen Winden offenen Strecke Dietikon - Spreitenbach. Durch die Lagerung hatten Korn und Strohschrag etwas gelitten. Die Ertragsgrüße der Frühkartoffeln waren zufriedenstellend, die Spätkartoffeln haben infolge der Sommerregen in schwerem Boden etwas gelitten; da und dort zeigte sich die Kartoffelkrankheit. - Alle Gemüseplantagen standen prächtig, doch werden hier auf dem Markt die selben hohen Preise gefordert wie in der Stadt.

"Wenn wir hier ~~nur~~ nicht so viel bekommen wie in Zürich, so bringen wir unsere Sachen dorthin", so heißt es bei den Produzenten allgemein. Die Stadtwähe - Zürich ist die bessere Stadt der Schweiz - verbessert auch die Lebenshaltung in unserem Dorf ungemein, sodass in den beiden kaum ein Unterschied ist. Der einzige Vorteil, den wir hier haben ist der, das jedermann, der etwas zu pflanzen begehrt, Land erhalten kann. - Früher als andere Jahre erreichte das Obst seinen Reifegrad. Die Apfelbäume waren mit Früchten reich beladen, doch waren viele Bäume krank. Ein Bauer zeigte mir, er habe über 60 Apfelbäume mit keiner ein dieses Jahr gesund, der größte Teil des Laubes wurde

stirr und felle ab, die Äpfel seien deswegen klein. Ähnliches habe ich bei einigen Bäumen in meinem Garten beobachtet. Die Birnbäume hingegen bedeckten weniger als 1919, - was ihnen auch nicht zu verwagen ist. Dagegen waren die Pflaumen- und Zwetschgenbäume reichlich behangen, auch die Kirschen waren nicht leer. Traurig stand dagegen meistentheils, namentlich westlich des Linnat, mit den Reben; sie waren vom Mehltau befallen.

Im September und Oktober konnten die Landwirte sozusagen in einem Zug die Boden- und Baumfrüchte einbringen und die Herbstarbeiten bewältigen. Das Wetter erleichterte die Arbeit in hohem Maße, es war trocken; in den Niederungen, also im Linnatthal, meist trübe; in den Höhen sonnig, z. B. schon in Hasenberghöhe. Es ist überhaupt auffallend, wie viel mehr Sonnenchein man schon die obersten Flüsse von Bergdieten haben, als wir hier im Tale, und wie viel milder es oft dorthin deswegen ist. Letztes Jahr sind z. B. in Dietikon die Fahlweizen 14 Tage früher erfohren als in dem höher gelegenen, zu Bergdieten gehörigen Gemeinden. - Anfangs Oktober war die Ernte der Spätkartoffeln nahezu beendet. Der Ertrag war ein ungleicher. Während einzelne Sorten (z. B. 'Bauernglück') annähernd eine Vollernte gaben, blieben andere (z. B. 'Weltwunder') untermittel. Im schneeigen Boden war der Prozentsatz der kranken Knollen ziemlich groß. Da keine Anbaupflanz mehr bestand wie in den Vorjahren, war das mit Kartoffeln angepflanzte Areal etwas kleiner als letztes Jahr. Die Preise waren bei direkter Lieferung an den Konsumenten fr 14-17 pr 9., für Tafelobst fr 20-24, für Kochobst fr 15-17 pr 9., Koch fr 24-26 pr hl. - Ende Oktober waren die Winterweizen bereits schon aufgegangen und auf manchen Aeckern kammt der Roggen in nur zu üppigem Zustand in den

Winter. Der Oktober wies ein derartiges Minimum von Niederschlägen auf, wie dies selten zu verzeichnen ist.

Auch der November brachte keine nennenswerten Niederschläge. Abgesehen von einer niedrigen Temperatur anfangs des Monats, blieb das Wetter gleich beständig. Der Himmel war trübe, das Landschaftsbild hatte ein fast winterliches Aussehen, es fehlte nur der Schnee. Am 17. setzte nach mehr als 6 wöchiger Trockenheit, ein sanfter Regen ein, den man, was sonst in unserem Himmelstheil selten vorkommt, mit Tunder begrüßte. Der Regenschirm, der seit ungläublich langer Zeit vernachlässigt in der Ecke gestanden, wurde wie ein alter, lieber Bekannter begrüßt. - Die Temperatur stand wieder beträchtlich über Null. Leider hörte der Regen bald wieder auf, die Niederschlagsmenge war nur wenige Millimeter. - Das Monatsende brachte Rief und Nebel.

Der niedrige Wasserstand der Flüsse und Seen infolge der geringen Niederschläge, hatte zur Folge, daß die Elektrizitätsversorgung des Landes gefährdet war, sodaß die kantonalen Elektrizitätswerke Zürich eine allgemeine Einschränkung des Verbrauchs an elektr. Energie anordnen mußten. In der Publikation vom 18. Dezember heißt es unter anderem: "Die Leistung der Flußkraftwerke nimmt täglich ab. Vom Stauinhalt des Klünkelensees, der unsere einzige, speicherbare Wasserkraftreserve bedient sind bereits $\frac{3}{5}$ aufgebraucht. Nur durch eine allgem. Einschränkung des Verbrauchs an elektrischer Energie, auch wenn vorübergehend wieder Regen fallen sollte, wird verhütet, daß der Klünkelensee mit bis Ende Januar leer läuft und dadurch mehr als die Hälfte der von uns abzunehmenden Leistung nicht mehr geliefert werden kann." Eingeschränkt wurde der

Energieverbrauch für jede Art von entbehrlicher Beleuchtung, für Koch- und Heizzwecke, für Kraft- und andere technische Zwecke. —

Auch auf die Fischereiverhältnisse wirkte der niedrige Wasserstand sehr ungünstig, namentlich zur Laichzeit der Forellen. Das geringe Wassergangniveau in den Forellenbächen wirkte hemmend auf das Laichgeschäft und die Entwicklung der Jungforellen und ermöglichte namentlich auch den Fischfeinden und Frevlern, im Handwerts mit Erfolg zu betreiben.

Als Kuriosum mag erwähnt werden, daß man unterhalb des Linnabachens, da alle Schlenken bis zum Kanal des Elektrizitätswerkes Dierikon geöffnet waren, lange Zeit trockenem Fuße das Bett der Linnabach durchschreiten konnte.

Der Dezemberanfang brachte endlich ziemlich reichliche Niederschläge bei sinkender Temperatur, sodass am 5. bereits die unliegenden Höhen weiß waren. Der Winter stieg dann in der Folge noch ganz zu Tal, sodass man auf eine weiße Weihnacht hoffen durfte, doch wurde diese Hoffnung zu Wasser. Nur wenige Tage konnte sich die Jugend mit Schlitteln beschäftigen, dann wühlte die herrschende Kälte (bis -10°) dem Föhn, sodass Weihnachten ohne Schnee war. Das warme Wetter dauerte an über das Monatsende hinaus. Am Neujahrstag sah ich in Flrisan herfürpige Barenkinder im Freien spielen! 'S' Wetter ischt wie d' Lüt'!

II. Aus der Lenkenzeit.

Nachdem die Aoul- und Klauenseule schon lange in verschiedenen Gauen unseres Schweizerlandes und in allen unliegenden Ländern mit merklicher Fleißigkeit gewandert hatte, rückte sie im Juni 1920 in allernächste Nähe, indem sie in den Gemeinden Bellikon und Wellingen auf

Nach dem Bulletin vom 28. Juni wurden 1397 Ställe
des Schwein mit über 21000 Stück Vieh als
versenkt gemeldet. Eine Woche später waren es
schon 1890 Ställe mit 24 Weiden mit 30527
Stück. (1909 St. Rindvieh, 8511 Schweine, 1412
Ziegen + 1500 Schafe). Davon entfielen auf diese
Kanton Bern 22,308 Stück, Freiburg 1290, Solo-
thurn 2195, Thurgau 6, Waadt 6, Lucerne 6, Ob- u. N.
den S. Uebell, wo Seuchen Gefahr drohte, wor-
den alle erdenklichen Schutzmassregeln getroffen
und dennoch brach sich die Seuche versch. aus.
Täglicher Viehverkehr mit versenkten Gebieten war
strengstens verboten, Kuh- und Zuchtvieh aus
versenkten Gemeinden versenkter Bezirke mußte
an Bestimmungsorte eine 14 tägige Quarantäne
durchmachen. Trotzdem wurde die Seuche auch in
unserer Gemeinde am 8. Juli konstatiert im Schwein-
stall eines Zuckerbäckers. Wie sie eingeschleppt wurde,
weiss man nicht. - Am Tage darauf waren zwei wei-
tere Ställe versenkt. Der Knack des Zuckerbäckers
soll dort verkehrt haben. Auf Anordnung des Be-
zirksleitwandes wurde die Schleichung des gesamten
Viehstandes (11 Stück Gesp. Vieh und 16 Schweine)
am 9. Juli vorgenommen. Augenzeugen behaupten,
dass abgehauene Zungen mit Klauen noch lange, von
Fliegen umschwärmt, in der Sonne lagen, um nach-
her nur oberflächlich verscharrt zu werden, sodass
am nächsten Morgen die verfallenen Teile von Hun-
den oder Füchsen ausgeschart, herum liegen. Das
vergeschickte Vieh repräsentiert einen Wert von fr.
26'000.-

Über die Gemeinde wurde der Auto- und Hall-
bahn verhängt: Jede Ein- und Ausfuhr, sowie Ein-
fuhr von Tieren des Klauengeschlechts, die Ausstellung
von Gemüthsseuchen, die Ausfuhr von Thieren
mit Katzen, Kaninchen, Geflügel, tierischen Rohstof-
fen, Fleis, Fisch, Heu, Mist, landwirtschaftl.
Gerätschaften war verboten, ferner das Fuhrwesen

und weidenlaufen v. Rindvieh, das Laufeslaufen von Hunden, Katzen und Geflügel. Ein allgemeines Versammlungsverbot wurde ausgesprochen, unter welches auch die Schulen und die Kirche fielen (vom 11. Juli bis 15. August.) Dagegen wurden die Wirtshäuser nicht geschlossen, wohl aber den Tischbesitzern ein Wirtshausverbot auferlegt, das zum Teil auch befolgt wurde. - Die versammelten Hille wurde gründlich desinfiziert, ebenso der Mist und die Jauchengruben.

Während sich die Protestanten dem Kirchenverbot loyal fügten, stürzten die Katholiken nach wie vor zur Kirche, auch die Tischbesitzer, was die ref. Kirchenpflege nach dem Grundsatz: "Was dem Einen nicht ist, das ist dem Andern billig" veranlasste auf dem 1. August ebenfalls einen Gottesdienst anzusetzen, der aber in letzter Stunde auf behördliche Verfügung hin abgesetzt wurde. Die Angelegenheit hat denn zu einem kleinen Kulturkampf geführt, dessen Schilderung wir am besten mit den Worten der Ortsgesundheitsbehörde wiedergeben. Nachdem sie von einem Einsender in den Norden Zürcher Nachrichten (N^o 223 vom 16. Aug.) angesprochen worden war, schrieb sie im "Limmattaler" i. a. folgendes: "Auf Antrag der Oberbehörde wurde der Beschluss gefasst, es sei der öffentliche Gottesdienst zu verbieten; ebenso wurde ein Versammlungsverbot beschließen und das Wirtshausverbot für die Landwirte. Später wurde dann auch der Gemüsemarkt verboten."

"Es muss nun leider konstatiert werden, dass sich die Katholiken nicht an das Kirchenverbot hielten. Nicht nur wurde jeden Morgen - auch von den Tischbesitzern - die Frühmesse beehrt, sondern auch am Sonntag war der Andrang zur Kirche so groß, dass sie z. B. am 25. Juli nicht alle Besucher fassen konnte. Die Folge davon war, dass die Protestanten, die bisher das Verbot respektierten, auf dem

1. August öffentlich zum Gottesdienst einladen. Hierauf aufmerksam gemacht, lud Herr Dr. Schürkin die Präsidanten von kath. und ev. Diakonen auf Samstag, den 31. Juli zu einer Besprechung ein, welche das Resultat zeitigte, daß Herr Dr. Schürkin erklärte, er werde in dieser Angelegenheit noch telephonisch mit dem in den Ferien weilenden Bezirksvorst, Prof. Gerhart, unterhandeln. Die telegraphische Antwort an die Gesundheitspflege lautete: "Noch telephon. Rücksprache mit Prof. Gerhart, welcher erst kommt, ist, daß das Kirchenverbot unter Ihrem Wissen nicht durchgeführt worden ist, verlangt absolute Durchführung dieses Verbotes. Der a. o. Bezirksvorst-Adjunkt Dr. Schürkin". Trotzdem dieses Telegramm sofort beiden Kirchenpflegern mitgeteilt worden war, war die Kirche am 1. August von Katholiken voll besetzt."

Auf einen Rapport des wegen der Sache hier stationierten Kantonspolizisten, der früher dem Theilum der Katholiken unbig zugesandt hatte, schrieb der Statthalteramt: "Wenn die Kirchenpflege kath. Diakonen den Anordnungen und Verfügungen der Gesundheitsbehörde zuwider gehandelt hat, ist dieselbe mit Bes. zu belegen und zwar mit dem Maximum der gemeinderäthlichen Bußenkompetenz. In der Bußenverfügung ist der Kirchenpflege die Schließung der Kirche anzubefehlen und deren Besetz. bis auf weiteres zu untersagen, unter Androhung der Uebersendung an das Gericht zur Bestrafung wegen Ungehorsam" ... etc.

Der Gemeinderat belegte hierauf die kath. Kirchenpflege mit einer Buße von Fr 20.- und ertheilte die Schließung der Kirche an. Darob war natürlich große Entrüstung bei den Katholiken, welche diesen Eingriff des Staates in ihre Rechte übel vermerkten. Es ist die alte Geschichte vom Kampf zwischen Kaiser und Papst, nur im kleinsten Maßstabe.

Nachdem die ersten Leichenfälle konstatiert worden waren, wurden außer Orts- und Hallkamm alle Kapuzen geschlossen, um eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Alle öffentlichen Straßen und Plätze wurden fleißig mit Desinfektanten gesprengt. Bei den Tramhaltestellen erwartete die Aussteigenden ein mit Desinfektionsflüssigkeiten saftig getränktes Papier, das auch die züchtlichsten Turner nicht überspringen konnten. Auch das Bahnhofgebäude war damit umgeben und es war ganz unethisch zu beobachten, wie die Leute sich abmühten möglichst kleinen Kaufes dasselbe zu durchwaten. Manche paar weiße oder gelbe Damenschuhe mag dabei verunreinigt worden sein. Da und dort an den Straßen, namentlich nur die verschuldeten Gehäfte und gegen die Gemeindegrenzen hin waren solche Sägemehlpolster zu Papier. Auf meinem Gängen nach Spreitenbach hatte ich 5 solcher Polster zu durchwaten und ein mal die Schuhe zu waschen. Auch die Nachbargemeinden haben ihr Mögliches um eine Einschleppung der Seuche zu verhindern. Alle Nebenwege wurden gesperrt und an den Hauptstraßen mußte man die Schuhe in einem Korb mit milchiger Flüssigkeit wahren und nachher durch's Sägemehl waten. Ein böhmisches Mädelchen, das wir in den Ferien hatten, hielt diese Flüssigkeit für Milch und meinte allen Ernstes, das sei aber doch schade um die Milch, wenn man die Schuhe drin wate. Dafür, daß sich keiner um das Desinfizieren der Schuhe bemühte, sorgten aufgestellten Wachtposten, z. B. an der Landstraße nach Spreitenbach stand ein Posten von morgens 4 Uhr bis nachts 12 Uhr und hielt alle Fußgänger, Kutschfahrer und sogar die Autos an, - keine Schritte Papierem ohne das obligate Fußbad.

Durch den Hallkamm waren die Landwirte in ihrer Feldarbeit natürlich gehindert. Die Pferde

besitzer werden deswegen verpflichtet bei der Einführung der Tiere mit der Bestellung der Felder zum Weizenanbau den Zug zu stellen.

Am 14. Juli wieder ein Leidenfall im Unterdorf. Eine Kuh, zwei Rinder und ein Schwein werden sofort geteilt. Während ~~die~~ die Behörden Verfügung über Verfügung erlassen, um eine Fortschleppung der Leide zu verhindern, kümmern sich keine Kräfte der Bevölkerung wenig darum. So ist z. B. der Zudrang zum kant. aargau. Turnfest in Wädlen (17. - 19. Juli) so groß, daß die B.-D. Bahn von Dietikon nach Wädlen mehrere Extrazüge führen muß.

Bald nach Ausbruch der Leide werden von Ansehenspersonen, Metzger, ehemaligen Viehhältern etc. allerlei Mittel gegen die Leide empfohlen, da ja die offiziellen Herde kein anderes Bekämpfungsmittel als Kerbung kannten. Es ist deswegen auch gar nicht verwunderlich, daß die Landwirte zu den angepriesenen Geheimmitteln Zuflucht nahmen. Nach Behauptung der offiziellen Tierärzte waren alle diese Mittel nutzlos. - Lange wogte ein erregter Kampf hin und her, ob Schächtung oder Durchseichnung vorseiner sei. Die offiziellen Kräfte wendeten sich an und behaupteten, die Durchseichnung sei gefährlich und nicht vorseiner, da man doch noch schlechte Erfahrungen mit ihr machte. Als aber die Leide ihren Höhepunkt erreicht hatten und die fortwährenden Kerbungen die Fortschleppung nicht hatten eindämmen können, wurde allen Leides mit der Durchseichnung begonnen und der Erfolg war gut. - Hoffentlich hat nun die Tierärztliche Kunst aus ihrer Passivität doch so viel gelernt, daß sie mit größerem Eifer an die Erforschung des Erregers geht und der rationellen Leidenbekämpfung mehr Aufmerksamkeit schenkt. Fehler sollte unbedingt ultime ratio bleiben. Im Jahr 1918 behauptete Dr. Stampfer, Professor

an der Kantarusschule in Frauenfeld den Erzeuger der
Lente gefunden zu haben. Der neue Versuchung gab
ihm Gelegenheit, seine Ergebnisse nachzuprüfen. Er
schreibt darüber: "Wenn ich trotzdem beim gegen-
wärtigen Versuchung nach Blut kranker Tiere unter-
suchte, so geschah es, um zum Schluss mit zur völ-
ligen Sicherheit noch einmal sämtliche Resultate
zu kontrollieren. Die neuen Präparate haben die
alten in allen Punkten bestätigt." Die offiziellen
Kreis sind den Forschungen Hanffacher mit großer
Skepsis gegenüber stehend. Aber der Lentezustand
kann nicht anders als zu dem Schlusse kommen,
dass es unbedingte Pflicht der offic. Kreis ist, die
Ergebnisse der Forschungen Hanffacher gründlich zu
prüfen und, wenn sie etwas neues sind, auf dem
durch diese Forschungen angedeuteten Weg weiter
zu gehen.

Am 21. Juli wieder ein Lente-fall mitten in
dorf bei einem Viehhändler. 3 Kühe, 1 Kalb und
ein Schwein werden sofort geschlachtet und zwar
auf offener Hohe, vor zahlreichen Zuschauern,
unter denen die Schulkinder sehr betrüblich ver-
halten waren! Nachher wurde die Hohe gespreut
und desinfiziert. Auch die Ställe, alles Geseh,
die Hofstätten, der Mist, die Fämel wurden,
wie bisher in solchen Fällen gründlich desinfiziert.
Trotzdem breitet die Lente sich weiter aus, zwar
nicht in dem Maße wie z. B. im benachbarten
Wettingen, wo in einem Monat (Juni/ Juli) über
100 der schönsten Tiere geküht werden mussten.
Dass viel sträfliches Liedsein, wenn nicht gar
noch ärgeres, an der Verbreitung der Lente schuld
war, beweist folgender Vorfall: Randalisierende, an-
gegründete Militärnetzer, die im Bezirk Baden
Lentenschlachten vorgenommen hatten, wurden
M. Zeitungs-meldungen Lente, den 23. Sept in
Baden verhaftet. Bei der Durchsuchung ihrer
Kiste mit Netzezeuggerätschaften, die nach Koblenz

angeführt war, fanden sich 9 Rindszungen und eine Schweinszunge von serbengeschlechtlichen Tieren. Es waren gerade solche Fleischprodukte, welche unter allen Umständen hätten vernichtet werden sollen. Auch der Leitwain der Schwärze und Fickhändler hat zur Vorbereitung der Lente beigetragen. In wurde mir in Speitenbach geklagt, dass gewisserlose Händler und ihre Agenten in Abwesenheit der Eigentümer die Ställe besetzen, um sich nach schlechtweißer Ware umzusehen, trotzdem die Lente in den Kariberggemeinden bewacht. An allen Ställen wurden in der Folge Plakate angebracht, auch in Fickhändlern, welche unbefugtes Eintreten verboten und unter Strafe stellen. Auch beschloß die Gesundheitsbehörde, nachdem die Trosschleppung der Lente durch Ratten festgestellt war, mit aller Energie an die Fortilgung dieser Tiere zu gehen. Ein originelles Mittel zur Fortilgung der Ansteckung wurde in Speitenbach angewandt. Dort besprengte der Priester die Ställe seiner Gemeindeglieder mit Weihwasser, um ein Eindringen der Lente zu verhindern. Ein Skeptiker meinte zwar: "Hoffentlich hat er Lygal is Weihwasser me."

Die Hoffnung, dass die Lente nunmehr sich in der Gemeinde nicht weiter ausbreite, erweist sich als trügerisch. Am 30. Juli wurde ein weiterer Fall festgestellt. 3 Stück Gespöck und 2 Schweine wurden sofort geschlachtet und das Fleisch nach Zürich überführt, wie in früheren Fällen. Auch in den Kariberggemeinden im Kt. Argon weitet die Krankheit weiter. Vom 23. Juli bis 3. August wurden in Ober Ehrenthingen 5, in Wellingen 11, in Freienwil 3, im Lungnan 5, in Tegefelden ein Ställe neu vermehrt gefunden. Alle Tiere wurden geschlachtet. Mit Fleisch beladene Lastautos fahren nach Zürich, ein köhniger Anblick. Das aery. Lentenbulletin berichtet: "Die Erfahrungen, die anderwärts mit dem Froschen

gemacht wurden, sind derart nutzlos, daß sich der Regierungsrat veranlaßt sieht, an dem bisherigen Tilgungsverfahren durch Schlichtung festzuhalten, womit auch das eidgen. Veterinäramt durchaus einverstanden ist: (Aarg. Leseblatt)

7. August. Die Schulferien in Dietikon werden wegen der Lese um 8 Tage, d. h. bis zum 15. August verlängert.

10. August. Neuer Lesefall in der Vorstadt. 4 Stück Gropsvieh und 2 Schweine werden geschlachtet. Im betroffenen Dorfteil wird abgesperrt. Feuerwehrlente stehen Posten. Weithin ist der durchdringende Geruch der Desinfektionsmittel bemerkbar. Die Schulen bleiben bis auf weiteres geschlossen. Die inspektionspflichtigen Soldaten von Dietikon werden von der am 26. August stattfindenden Inspektion dispensiert. Sogar das Gelächel bei den Beerdigungen, die alle nicht öffentlich sind, wird sistiert. Sind die Glocken auch Leseverbreiter?

Auf den 22. August werden, da kein neuer Lesefall eintritt, Kirchenverbot und auf den 23. Schul- und Versammlungsverbot aufgehoben. Aber gleich nachher brach die Lese wieder aus. Doch blieb das Kirchen- und Schulverbot aufgehoben. Nur den Bewohnern des Lesegebietes blieb Besuch von Kirche, Schule und andern Versammlungsorten verboten.

Am 27. August der 9. Lesefall, dadurch hervorgerufen, daß das Verbot des Betretens von Ställen durch Unbefugte nicht streng eingehalten worden ist. 5 Stück Gropsvieh und 2 Schweine werden geschlachtet. Im benachbarten Weiningen wird demselben am 5. September ein Schützenfest abgehalten. Ohne Feste kommen die festlichen Schweine nicht mehr aus! Auch der Schiefverein Dietikon nimmt am Schießen teil.

Am 8. September der 10. Lesefall in der Gemeinde und am 14. der 11. im Nöbenhaus. Der

Viehstand, 5 Kühe, 3 Rinder, 2 Kälber und 2 Schweine, wird im geschlossenen Transportwagen zur Schlachtung nach Zürich überführt. Durch die Kerzung, die Tiere nicht mehr im geschlachteten Zustand am Ort des Ausbruchs längere Zeit liegen zu lassen, will man versuchen, die Übertragungsmöglichkeiten zu beschränken. - Die gesamte wechselfähige Gemeinschaft der Gemeinde ist bis auf weiteres von der Erfüllung militärischer Pflichten dispensiert.

Am 4. Oktober wird der Ortsbann aufgehoben, da keine neuen Fälle aufgetreten sind. Fortwährend bleibt jeglicher Viehhandel und jeglicher Viehverkehr mit versuchten Gemeinden. Der ängstliche Furcht weicht von den Gemütern und doch ist die Gefahr nicht endgültig vorbei, denn die Lente hat im ganzen Land eine ungeheure Fortbreitung gefunden. In der Woche vom 27. Sept. - 3. Okt. wurden in der Schweiz 11'467 Ställe mit 153 Weiden als versucht gemeldet, mit 124,551 Stück Rindvieh, 58,392 Schweinen, 4939 Ziegen und 2958 Schafen. Der Kanton Bern steht immer noch an erster Stelle mit 60,877 Stück; Luzern hat 58,000, Freiburg 8300, Solothurn 16,000, St. Gallen 3400, Argow 1700, Thurgau 18,300, Waadt 20,000. Schreckliche Zahlen!

14. Oktober. Gemäpft Verfügung des Statthalteramtes Zürich wird die am 17. stattfindende "Dietscher Chilbi" mit all ihren Anläufen untersagt. Darüber natürlich große Enttäuschung, die aber glücklicher Weise nichts nützt.

25. Oktober. Die Lente tritt wieder in der Gemeinde auf, in der Halberci. Das kann schlimm werden! Die Infektion soll, wie man annimmt, vom Hiltberg aus der versuchten Gemeinde Hermschwil im Bez. Birmensden stammen. Der Viehstand, 20 Schweine, wird nach dem Schlachthof Zürich überführt, um dort geschlachtet zu werden. Auf's neue Ortsbann mit allem Zubehör!

31. Oktober. Der 13. Seuchenfall: 5 Kühe, ein Rind, ein Schwein und einige Schafe werden zur Schlachtung nach Zürich überführt.

1. November. Der 1. Seuchenfall im oberen Dorfteil, der 14. in der Gemeinde. Die Übertragung kann nur durch Menschen geschehen sein. Bisher waren alle Fälle im unteren Dorfteil. Der Viehbestand 5 Kühe wird nach Zürich überführt. Auch im Kanton hat die Seuche überhaupt genommen und aufs neue ist wieder einmal die Ursprünglichkeit und Ohnmacht aller menschlichen Mittel dokumentiert. Am 29. Okt. waren im Kanton 539 Fälle verzeichnet; in der Schweiz waren es vom 18. - 25. Okt. 12566 Kühe und 15 Weiden, mit 125,609 Stück Grosvieh, 54247 Schweinen, 3983 Ziegen, 4130 Schafen. Der Höhepunkt scheint also nicht mehr erreicht. - Auch die Seuche ist auch in unserer Gemeinde Milchknappheit eingeleitet, doch erhalten die Konsumenten nicht weniger als das Quantum, das ihnen zur Zeit der Milchknappheit zustand.

9. November. Wieder zwei Fälle! Einer im Oberdorf, einer an der Kiehlgaße (zum 2. Mal im selben Stall) 5 Kühe, 1 Rind, ein Schwein transportiert nach Zürich.

10. November. Der 17. Seuchenfall in einem der größten und schönsten Viehstände der Gemeinde. (20 Stück Grosvieh). Zum ersten Mal wird nicht geküht, sondern durchgemischt. Die Bülbecke, an der das Geflügel liegt, wird abgesperrt und mit Chlorkalk bestreut. Die Bewohner des Geflügels sind während mehrer ^{Wochen} ~~Monate~~ Gefangen. - Auch in den Nachbargemeinden Weiningen, Rindfeldellen und Krenhof sind Seuchenfälle vorgekommen.

15. November. Heute ist unter der ca 150 Tiere zählenden Schafherde im Flugfeld (zwischen Dietikon + Speitimbühl) die Seuche festgestellt worden. Die Tiere sollen, wenn möglich, durchgemischt werden. Auch Bergdietikon hat seinen ersten Fall im Hocklerhof mit 12 Stück Vieh. So nach und nach scheint doch

die Überzeugung durchzudringen, daß es noch vernünftige
gute Maßnahmen gibt als Keulung.

16. November. 19. Trenchenfall, im Oberdorf. Seien
Stück Gropvieh und mehrere Schweine sollen durchge-
seuert werden und zwar ist, um der Krankheit einen
gelinden Verlauf zu geben, Tröpfelbehandlung vorzuzum-
men worden. "Von allen Behandlungsmethoden hat
sich das Tröpfeln mit Blut von Tieren, die in der
3.-5. Woche der Durchseuchung stehen, am besten be-
währt. Die Tröpfelung erzielt ein leichteres Durchseuchen,
mildert den ersten Ausbruch der Krankheit und die
plötzlichen Todesfälle durch Flochlähmung werden fast
ganz ausgeschaltet. . . . Tröpfelung ist bei frisch infi-
zierten Tieren zu empfehlen." (Trenchenbulletin der
ausg. Sanitätsdirektion vom 12. Nov.)

22. November. 20. Trenchenfall, in der Bühlstappe.

24. November. 21. Trenchenfall, im Oberdorf. 6 Stück
Gropvieh und 2 Schweine. Durchseuchung und Tröpfelung!
Am 22. Nov. sind im Kanton Zürich 1042 Fälle,
gegen 1055 am 15. Nov.

30. November. Zwei weitere Trenchenfälle mit 11 Stück
Gropvieh und 5 Stück Kleinvieh, im Oberdorf und
an der Bühlstappe. Da bisher mit dem Durchseuchen
in der Gemeinde gute Erfahrungen gemacht worden
sind, wird nicht mehr geküht. Auch Bergschützen
hat seinen 2. Fall im "Hädisgut" mit 10 Stück Vieh.
Man vermutet böswillige Übertragung. Peter, der zu-
gleich Wildhüter ist, soll einigen Wildchienen auf der
Spur gewesen sein, die ihn, damit sie in aller Ruhe
pirschen konnten, die Lente besetzten.

1. Dezember. 24. Trenchenfall im "Hocht" beim Bahn-
hof. - Am 24. Nov. waren es 1036 Fälle im Kan-
ton Zürich verzeichnet.

4. Dezember. Wieder zwei Fälle, einer an der neuen
Bergstappe, einer im Oberdorf. - Das eidgen. Bulletin
meldet am 2. Dez. 11376 Fälle mit 105,092 Stück
Vieh verzeichnet, aber ein Rückgang seit Oktober. Hof-
justiz hat diese Landplage ihren Höhepunkt über-

schritten.

11. Dezember. 26. Fall an der Baumgartenstraße, mit am gleichen Tag wird ein Fall von Tierverwechslung entdeckt. Der Mann hatte im selben Stall ein Pferd, mit dem er seine Fuhrkulturen betrieb und sein krankes Vieh! Als der Bes. Tierarzt die Tiere untersuchte, seien dieselben schon "aus den Ställen geschloffen". Zum Glück hatte diese Verwechslung keine weiteren schlimmen Folgen für die Gemeinde. Es kamen in den nächsten Wochen keine weiteren Fälle vor.

Am 14. Januar 1921 wird der allgem. Stallbau aufgehoben. Zuchtbetrieb, landwirtsch. Fuhrwesenverkehr, Laufscharen von Katzen und Hunden ist wieder gestattet.

Am 28. Jan. wird der Ortsbau aufgelöst. Obwohl nur ca 10% unserer Ortsbevölkerung Landwirtschaft betreibt, ahnet alles auf, in der Hoffnung, dass unsere Gemeinde in Zukunft vor ähnlicher Heim-suchung bewahrt bleibe.

Der Viehbestand hat infolge der Seuche beträchtlich abgenommen. Am 21. April 20 ^(also vor der Seuche!) ergab die endg.

Viehzählung folgendes Resultat für unsere Gemeinde:

Total der Viehbesitzer	1918:	135.	1919:	148.	1920:	164
Besitzer von Pferden		31.		32.		38
" " Rindvieh		75		76		72
" " Kleinvieh		99		120		141
Pferde	1918:	75	1919:	81	1920:	100
Rindvieh	"	392	"	410	"	360
davon Kühe	"	199	"	209	"	181
Schweine	"	105	"	207	"	302
Ziegen	"	174	"	153	"	160
Schafe	"	23	"	379	"	46

III. Aus dem wirtschaftlichen Leben.

Für Industrie, Handel und Gewerbe lagen die Verhältnisse im Jahr 1920 nicht besonders günstig. Mancherlei Ursachen haben dabei mitgewirkt, nicht zum wenigsten die Fabrikverhältnisse, welche den

Export verminderten. Die durchschnittlichen Devisenkurse waren folgende.

	Dezemb. 1918.	Dezemb. 1919.	Dezemb. 1920
Paris	88.80	50.-	38.30
London	23.10	20.60	22.70
Berlin	58.-	11.-	8.80
Mailand	75.10	40.50	22.50
Wien	30.10	3.-	1.70
New York	4.80	5.40	6.50
Amsterdam	206.-	205.-	200.50
Stockholm	140.50	115.60	126.-
Kopenhagen	129.80	100.50	95.30
Petersburg	68.60	10.-	—
Spanien	96.70	104.70	83.90
Prag	—	—	7.30
Agram	—	—	4.20
Brüssel	—	52.50	40.40
Warschau	—	—	1.-
Budapest	—	—	1.10
Sofia	—	—	7.10
Bukarest	—	—	8.20
Christiania	135.-	106.-	94.60

Ebenfalls behindernd auf den Export wirkten die hohen Arbeitslöhne und die hohen Rohmaterialpreise, namentlich der Kohle. Zwar trat gegen Ende des Jahres ein starker Preissturz ein, der aber weder der Industrie noch den Privaten bis jetzt zu gute gekommen ist, da die Kohlengesellschaft, die den Import in Händen hat, zuerst ihre großen Lagerbestände, für die sie hohe Preise bezahlt hat, liquidieren will, vor der Import frei gegeben wird und die Preise sich dem Weltmarkt anpassen können. Hauptursache dieses Preisrückgangs war der Preissturz auf dem Schiffsfachmarkt. Während die Schweiz früher ihren Kohlenbedarf aus Deutschland und Belgien bezog, wurde sie in der Nachkriegszeit mehr und mehr auf Zufuhren aus den Vereinigten Staaten abhängig. —

Die Zahl der Arbeitslosen, namentlich in den

hauptsächlich auf den Export angewiesenen Industrien (Schweizer-, Maschinen-, Textil- und Uhrenindustrie) ist gewaltig gewachsen gegen Ende des Jahres, sodass die Arbeitslosenunterstützung gewaltige Summen verschlingt. Teilweise arbeitslos waren in der Schweiz am 6. XII. 24,849 Personen, gänzlich arbeitslos 13,302

- 13. "	39,988	"	"	15,209
- 20. "	47,636	"	"	17,624.

Und der Höhepunkt scheint noch lange nicht erreicht zu sein.

Der Kt. Zürich hatte am 24. Januar 1921 24,200 teilweise Arbeitslose. Davon entfallen auf die Textilindustrie 11,100, auf die Konfektion 4000, auf die Maschinenindustrie 1500. Gänzlich arbeitslos waren 2904. Bei subventionierten Katastralarbeitern wurden im Kanton 462 Arbeiter beschäftigt. Fünf Kurse zur beruflichen und hauswirtschaftlichen Weiterbildung haben sich 198 Arbeiter und Angestellte, sowie 265 Arbeiterinnen gemeldet. Weitere Kurse sollen vorbereitet werden. - Wie in jeder Gemeinde, so ist auch in Dietikon eine Arbeitslosenführerschaft geschaffen worden, welche arbeitsvermittelt und die Unterstützungen ausschüttet. Die Arbeitslosen (gegenwärtig 10) haben sich jeden Tag zu melden und ihre Anweisungskarte abstempeln zu lassen.

Sehr ungünstig wurde das Wirtschaftsleben durch die vielen Streiks beeinflusst, die z. T. politische, z. T. wirtschaftliche Natur waren. Seit dem Krieg ist die Streiklust ins Ungeheure gesteigert. Im ersten Semester 1920 sind einzig in der Schweiz durch Streiks 2,753,170 Arbeitstage verloren gegangen. Die Zahl der Streikenden betrug 73,300. Solche Zahlen geben zu denken!

In unserer Gemeinde streikten im März/April die Arbeiter der Hammer- und Gipswerke, da ihre Forderung auf Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung der 44 Stundenwoche (33 Stunden für Arbeiter mit Profanwerkzeugen) nicht bewilligt

worben war. Der Markt verlief nach einigen Wochen im Land. Auch durch Streiks in Zürich und Schlieren wurden hier rechnende Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

Das Baugewerbe lag, wie überall darnieder. Außer drei Einfamilienhäusern und einigen Kleinigkeiten wurde nichts gebaut. - Die große Weberei A. G. ist bis jetzt ohne Betriebs Einschränkung ausgekommen, arbeitet aber auf Lager. Wenn die Verhältnisse sich nicht bessern, wird es wohl zu Reduktionen kommen. -

Schlechte Geschäfte machte die große Lössenbräu, Tritikon. Das Aktienkapital blieb für 1918/19 ohne Verzinsung. -

Befriedigende Geschäfte, - im Gegensatz zu den Bundesbahnen, deren Defizit trotz Taxerhöhungen immer größer wird, - machte die Limmthal Straßenbahn. Aus dem Reingewinn von 1919 konnte an das Prioritätsaktienkapital die stammarische Dividende von 4 1/2 % ausbezahlt werden und zwar durch Einlösung des rückständigen Dividendencoupons für 1915. Im Vorjahr wurden 2 Coupons (für 1913 + 14) eingelöst. Die Betriebsergebnisse für 1920 sind folgende: Wagenkilometer 616,912; beförderte Personen 1,896,931 (356,334 weniger als 1919). Einnahmen fr 474,409 (fr 9433 mehr als im Vorjahr). Diese Mehreinnahmen bei vermindelter Frequenz konnten nur erzielt werden durch Taxanschlüsse (je 5 Rp auf Billets bis zu 30 Rp Taxwert und je 10 Rp auf höhere Taxwerte).

Auch die elektr. Bahn Brongarten - Tritikon hatte 1919 ein befriedigendes Geschäftsergebnis: Betriebseinnahmen fr 460,010, d. h. fr 99,547,77 mehr als im Vorjahr. Der Betriebsüberschuss war fr 163,406 gegen fr 122,530 im Vorjahr.

Was die Lebenshaltung anbelangt, so ist zu konstatieren, dass die Verhältnisse sich in manchem doch gehoben haben und dass die Not der unteren Volksschichten gegenüber dem letzten Jahre im allgemeinen abgenommen hat, zwar weniger deswegen, dass die Lebenskosten gefallen wären, als deswegen

dass nun die Löhne den gesteigerten Kosten beproportioniert sind als früher. Nach dem Index der schweizer. Konsumvereine sind die Kosten der Lebenshaltung bis zum Oktober 1920 gestiegen, seither gefallen. Die Kosten der hauptsächlichsten Lebensmittel für eine fünfköpfige Familie betragen:

am 1. Juni 1914	fr 1066.70
• 1. Okt. 1920	2790.53
• 1. Nov. "	2756.76
• 1. Dez. "	2657.72
• 1. Januar 1921	2591.70

Verglichen mit dem 1. Juni 1914 beträgt die Tendenz immer noch 142,96 %.

Im September 1920 betrug die Indexziffer fr 2702.41. Die Erhöhung um 3,26 % ist auf die Steigerung der Preise für Milch und Milchprodukte zurück zu führen. Seit dem 1. Okt. gelten in unserer Gemeinde folgende Preise für Milch:

beim Produzenten abgeholt	48 Rp per Liter
an der Sammelstelle	49 " " "
im Laden oder vom Haus gebracht	50 " " "

Auch die Brotpreise sind im Lauf des Jahres, am 28. Juni erhöht worden: für 2 kg Brot um 5 Rp, Verkaufspreis fr 1.50, für 1 kg Brot um 2 Rp. Verkaufspreis 80 Rp. Andere Artikel, wie Kaffee, Zucker, Reis, Teigwaren etc haben abgeschrieben.

Im Lauf des Jahres konnte die Notstandsunterstützung vollständig abgekauft werden, auch finden die letzten Rationierungen dahin (Milch, Zucker, Holz, Kohle etc). Hoffentlich verschwinden bald die letzten Reste der Kriegswirtschaft.

Auf Grund der Steuerklärungen von 1919 beträgt das steuerbare Vermögen in unserer Gemeinde fr 8,557,500, das Einkommen fr 4,380,000.-, der Staatssteuerbetrag fr 103,536.20. Die Nachprüfung durch das kant. Steueramt, welche noch nicht beendet ist, wird wohl noch allerlei Änderungen bringen, denn so viel man hört, hat die Selbststeuer

sich noch lange nicht allen Steuerpflichtigen eine erst-
klafige Steuerentlastung gebracht.

Die Wohnungsnot ist 1920 gleich heftiger geworden
wie nie in den Vorjahren. Ein Beispiel: Ein Arbeiter,
der seit Wochen im "Lünnen" wohnt, bittet
in einem Inserat seine Kundschaft dringend "Hilfe
auf's Fleiß zu legen", und ihm eine Wohnung zu ver-
schaffen.

Mit dem 30. September werden die französischen
Silberscheidemünzen zu fr 2.-, 1.- und 50Rp außer
Kurs gesetzt. Im Kirchenopfer findet man sie im-
mer noch, da scheint sie den Kurs noch nicht
eingekauft zu haben.

IV. Die Grippe.

Am Anfangs 1920 hat in unserer Gemeinde
dieser unheimliche Gast wieder auf, sodass vom 10.
Februar an alle Volksversammlungen, Festlichkeiten,
Maskenbälle, das Maskengehen, Theateraufführungen,
Konzerte, Tanzbelustigungen, Schauspielungen, gesangli-
che Darbietungen verboten waren. Auch die Verlegung
solcher Veranstaltungen in eine andere Gemeinde war
strikte untersagt. Zuwiderhandlungen sollten mit
Buße bis zu fr 5000.- oder mit Gefängnis bestraft
werden. - Die Fastnacht verboten! Ein Schrei der
Entrüstung folgte diesem "Littenmandat". Man wollt
ke wieder einmal im Karr sein, man konnte die
seit Jahren aufgespeicherte Karrheit nicht zurück hel-
ten, und so wurde dem Fastnacht gefeiert und
zwar nicht bloß an der "Herrenfastnacht", sondern
auch an der "Bauernfastnacht". Und dann noch
noch während 4 Wochen in Feiern und Gesellschaf-
ten! - Wenn die Behörden Forderungen erlassen, dann
sollen sie ihnen auch Nachsicht verschaffen, -
können sie das nicht, dann sollen sie sich hüten
"regieren" zu wollen. -

Im Februar war die Zahl der ärztlich gemeldeten
Erkrankungen an Grippe:

in der ersten Woche, vom 1.-7. Februar	23	} total 377
" " 2. " " 8.-14. "	114	
" " 3. " " 15.-21. "	143	
" " 4. " " 22.-28. "	97	

Davon waren Kinder unter 15 Jahren: 121, Erwach-
sene v. 15-45 Jahren: 235, über 45 Jahre: 21.
Von diesen 377 Erkrankten hatten 68 die Grippe
im Jahr 1918 durchgemacht. Die Zahl der mit-
tödtlich gemeldeten Kranken war beträchtlich, so-
dass die Gesamtzahl der Fälle im Februar wohl um
500 sein mochte. - Im März flaute die Epidemie
ab. Sporadische Fälle kamen das ganze Jahr hin-
durch vor.

V. Bevölkerungsbewegung.

Das Zivilstandsamt verzeichnet pro 1920: 139
Geburten (78 Knaben mit 61 Mädchen), 93 Todes-
fälle (43 männliche mit 50 weibl. Personen) und
94 Ehen.

Nach dem Vierteljahresbericht des statist. Amtes
betrag die Zahl der Wohnbevölkerung in Trebitzen
am 31. März 1919: 5813. Das Ergebnis der Volks-
zählung vom 1. Dez. 1920 dagegen zeigte eine
Wohnbevölkerung von 5015. Es ist natürlich nicht
anzunehmen, dass von 31. März 1919 bis 1. Dez. 1920
die Wohnbevölkerung beträchtlich um ca 800 gefal-
len ist, sondern dass das Material, auf welches
das statist. Amt seine Berechnung stützte, un-
genau war.

Am 1. Dezember wurden gezählt:

Haushaltungen:	1093	gegen	908	im Jahr 1910
Einwohner, männlich	2403	"	2293	" "
" weiblich	2584	"	2214	" "
" total	4987	"	4507	" "
Protestanten	2602	gegen	2157	anno 1910
Röm. Katholiken	2230	"	2282	" "
Christ-Kathol.	25			
Israeliten	13	"	5	" "
Anderer od. keine Conf.	117	"	63	" "
	4987		4507	

Schweizer	1920: 4270	1910: 3389
Ausländer	717	1118
In der Zählgemeinde wahrhaft	5015	gegen 4488: 1910
"	anwesend	4987 . 4507 .

Wie in der ganzen Schweiz, so auch in unserer Gemeinde, ist eine Abnahme der Katholiken zu verzeichnen, infolge Abwanderung von Ausländern. Wohl zum ersten Mal, seit Volkszählungen abgehalten werden, ist in unserer Gemeinde die Zahl der Protestanten größer als die der Katholiken.

VII. Aus dem politischen Leben.

Das politische Leben der Gemeinde litt unter dem wegen der Grippe ausgesetzten Versammlungsverbot anfangs des Jahres und dann wieder vom Juli bis zum Jahreschluss unter den einschränkenden Bestimmungen, welche die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche nötig machten. Es fanden nur je zwei Versammlungen der politischen, der Primarschul- und der Sekundarschulkreisgemeinde statt.

1. Politische Gemeinde.

In der am 2. Mai abgehaltenen Gemeindeversammlung wurden folgende Geschäfte erledigt:

1. Ein Antrag des Gemeinderates zum Erhöhung des Wapensinses um 25% wird genehmigt.
2. Transschleg für 1920 und Dekretierung der erforderlichen Steuern.

An Einnahmen weist das Gesamtbudget für 57,600 - und an Ausgaben für 145,300 auf, mit somit ein zu deckendes Defizit von für 87,700, welches gedeckt werden soll durch einen 87%igen Zuschlag zur Staatssteuer. Seit 1917 sind die Defizite mehrbindig geworden: 1914 betrug dasselbe für 26,000, 1915: für 26,000; 1916: für 24,000; 1917: für 28,000; 1918: für 39,000; 1919: für 53,000; 1920: für 87,700. Seit 1917 hat sich das Defizit also mehr als verdreifacht! Motiviert wurde dieses Temporschnellen durch erhöhte Verwaltungskosten, die sich in den

letzten Jahren verdrisfalt hatten(!), durch Extra-
ausgaben wie Bestellung einer Kanalisation, Schützen-
haus- und Schießanlage, Soldeulage für Wehrmänner.
Die Folgen der Geheftendigkeit, die sich besonders in
den Gemeindeversammlungen von 1919 bemerkbar
machte und die vielleicht auf übertriebenen Hoff-
nungen auf außerordentliche Wirkungen des neuen
Steuergesetzes beruhte, machen sich nun geltend. -
Trotz dieser qualvollen Steigerung wurde das Budget
genehmigt.

3. Ein Antrag des Gemeinderates auf Drucklegung
des Steuerregisters wird genehmigt, in der Hoffnung,
dadurch die Steuerrollen zu verbessern. - Ein wirk-
sames Mittel ist nach Ansicht des Chronisten
das vielgeschmähte kantonale Steuerkammispär!

4. Eine Soldeulage für Feuerwehrmänner von
50 Rp auf 1 Fr pro Stunde wird gutgeheißen.

Die zweite Gemeindeversammlung fand am 24.
Oktober statt und behandelte folgende Geschäfte:

1. Abrahme der Rechnungen über Gas- und Wasser-
versorgung und des Gesamt-Einwohnerzugs.

2. Abrahme des Inventars der übrigen
Güter. - Beide Punkte werden rasch erledigt im
zustimmenden Sinn.

3. Genehmigung eines Amortisationsplans des Stamm-
gutdefizits des Einwohnerzugs. Dasselbe beträgt
fr 156,870.96 und soll, nach gemeinderätlichem
Vorschlag innerhalb 30 Jahren getilgt werden durch eine
jährliche Amortisation von fr 4000.- in den ersten
10 Jahren und fr 5000.- bis zur gänzlichen Tilgung.
Der Plan wird genehmigt.

4. Die Einführung eines Standänderungstaxes wird,
trotz verweifeltes Gegenwehr eine Hinderheit, be-
schlossen mit 44 gegen 31 Stimmen. Die Gemeinde
braucht Geld und kann sich keine gesetzlich vorge-
sehene Einnahmequelle entgehen lassen.

Der festgesetzte Tarif ist folgender:

Bei einem Verkaufris bis zu fr 25,000 beträgt die Steuer $3\frac{1}{2}\%$

bei einem Verkaufspreis v. 25,000 - 50,000 f. beträgt sie	4%
" " " " 50,000 - 100,000	5%
" " " " 100,000 - 150,000	6%
" " " " 150,000 - 200,000	7%
" " " " 200,000 - 250,000	8%

D.h. bei je 50,000 Steigerung des Preises 1% mehr.

2. Primarschulgemeinde.

Die erste Versammlung fand am 2. Mai statt. Es wurde dem behandelt:

1. Ein Antrag der Pflanz auf Ansicherung eines Ruhegehaltes an dem zurücktretenden Lehrer Knecht. Auf der Anerkennung der Dienste des Lehrers wird ihm zum staatlichen Ruhegehalt von f. 4000.- eine Gemeinderulage von f. 800.- gewährt.
2. Voranschlag für 1920 mit Dekretierung der erforderlichen Steuer. - Bei f. 20,000 Einnahmen und f. 118,000 Ausgaben ergibt sich ein Defizit von f. 98,000. Zur Deckung desselben ist ein Zuschlag von 109% zur Staatssteuer nötig. - Da sich am Budget keine Abstände machen lassen, wird dasselbe genehmigt und die erforderliche Steuer dekretiert.
3. Ankauf der an das Schulgrundstück anstossenden Kibizacker, um ev. das Schulgebäude vergrößern zu können. - Der Kaufpreis des Platzes beträgt f. 52,000.- (Durch Spekulation ist er so in die Höhe getrieben worden. Der ehemal. Eigentümer verkaufte Haus und Acker einem Juden, der damit rechnete, daß die Schule den Platz unbedingt brauche. Da seine Forderung nicht bewilligt wurde von der Gemeinde, schloß er mit zwei ehrenwerten Bürgern, wovon einer Mitglied der Pflanz, einen Verkauf, wenn nicht einen Kleinverkauf wie behauptet wird; von diesem Kauf nun die Primarschulpflanz und der Jude hat seinen Zweck erreicht.) Gegen den Antrag der Rechnungsprüfungskommission wird der Kauf durch die Gemeinde beschlossen.

N. B. Für 1920 wären nun also die Gemeindesteuern (Einkommen-, Primer- + Sekundarschulsteuer) glücklich um 70% höher jebarbeit als 1919 und

werden, zusammen mit der Kircensteuer das gesetzlich erlaubte Maximum, 2500% Zuschlag zur Staatssteuer, erreicht haben!

In der 2. Gemeindeversammlung, die am 24. Okt. stattfand, wurde

1. die Primarschulgutsrechnung für 1919 abgenommen,
2. das Terminatsinventar genehmigt,
3. die Pflege ermächtigt, mit der Zürcher Kantonalbank einen Darlehensvertrag für Fr 37 000 à 5 1/2% abzuschließen, um die Anzahlung an die gekauften Killeigäcker leisten zu können.

3. Sekundarschulkreisgemeinde.

Zum Sekundarschulkreis gehören außer Dietikon auch Ober- und Niederdorf. -

Die erste Versammlung fand am 7. Nov. statt und erledigte folgende Traktanden:

1. Bericht und Antw. der Pflege betr. Regelung der Schullokalfrage.

(Ueber die Vorgeschichte siehe Chronik vom 1919.) Die Kreisgemeinde vom 15. Okt. 1918 hatte der Pflege den Auftrag gegeben, sich mit der Primarschulpflege in Verbindung zu setzen, um die Frage zu prüfen, wie der Raumnot abgeholfen werden könnte und darüber Bericht und Antw. zu stellen. - Die Pflege erstattet nun Bericht und stellt den Antrag, da der Schulort für die erforderlichen Lokalitäten aufzukommen habe, der Primarschulgemeinde die Lokalfrage zu überbinden, in dem Sinne, daß diese für ihre eigenen Bedürfnisse mit die der Sekundarschule einen Kernbau erstelle. - Dieser Vorschlag findet die Billigung der Gemeinde.

2. Kein Antw. der Pflege, betr. definitive Besetzung der durch Termezevi besetzten, früher von Hürlimann inne gehaltenen Lehrstelle genehmigt.
3. Keine Mitteilung über Erledigung von Rekursen und Beschwerden (Posternack und Schatman) wird entgegengenommen.

Die 2. Kreisgemeindeversammlung, die anperschiedlich schwach besucht war, und am 2. Nov. stattfand

genehmigte den Vorschlag für 1920 und dekretierte die erforderliche Steuer.

Abstimmungen und Wahlen.

Im Berichtsjahr kamen 5 Kantonsrats und 4 eidgenössische Kollegen zur Abstimmung.

Am 3. Februar fand statt die Abstimmung
1. über die Initiative Lang betr. Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts im Kt. Zürich.

Leipzig war vorher dafür und dagegen gewesen worden. Namentlich die Gegner der Initiative beklebten alle Plakate mit "Schandhelgen" und auch die Zeichnungen besaßen allerlei Hinterschen (cf. Beilage). Abstrich wurden auch unter den Gegnern des allgem. Frauenstimmrechts Stimmen laut, welche für die Frauen das ~~so~~ aktive Wahlrecht in Schul-, Kirchen- und Anwesenheiten forderten, dagegen es für Politicus ablehnten. - Für die Initiative fielen im Kanton 21,603 Stimmen, dagegen 88,249. Im Dietikon stimmten 152 dafür und 774 dagegen. - Nach der Abstimmung schrieb einer meiner Urkundenscheinbesitzer in einer schriftlichen Arbeit: "Das Frauenstimmrecht ist eine Erfindung des Teufels (!). Zum Glück ist es nicht angenommen worden. Aber noch immer sollen wir ^{noch} Widerstandsfähig sein gegen die falschen Gedanken, die uns der Satan vorpiegelt. Also kein Freund der Initiative Lang!"

2. Abstimmung über Erhöhung der Ausgabenkompetenz des Kantonsrats. (Änderung von Art. 31 Ziff. 5 der Staatsverfassung). Bisherige Kompetenz für einmalige Ausgaben: Fr 250,000 und jährlich wiederkehrende Fr 20,000. Diese Beträge sollen auf Fr 500,000 resp. 50,000 erhöht werden. - Für Erhöhung stimmten im Kanton 58,969, dagegen 43,141; in den Gemeinden: 417 Ja, 435 Nein, 95 Stimmenthalter.

3. Gesetz über Abänderung von § 17 und § 41 Abs. 1 der Organisation und Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 12. Dez 1909. d. h. Erhöhung des Taggeldes und der Reiseentschädigung. Bisher war das Taggeld Fr 6.-



Frauenstimmrecht

Abstimmung vom 8. Februar 1920

(Initiative des Lang)

Nein!

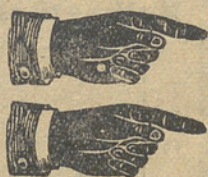
Nein!

Im häuslichen Leben leistet die Frau das Beste u. Schönste. Wir danken es ihr.

Wer die Frauen ehrt, wird sie nicht aus ihrem natürlichen Wirkungskreise in den politischen Zank und Hader einbeziehen wollen. Das hiesse den politischen Kampf in die Familie tragen zu ihrem eigenen und der Gesamtheit Schaden.

Gerade die Besten- und wohl auch die Mehrzahl der Frauen **wollen das allgemeine Frauenstimmrecht selber nicht.**

Darum :



Nein! Nein! Nein!

und die Reiserentschädigung 20 Rp pro km. Die neuen An-
sätze sind je 12.- resp. 30 Rp pro km. - Auf die
Vorlage finden im Kanton 58, 5-45 Ja mit 42, 559 Stim.
in der Gemeinde: 403 Ja mit 431 Stim. 117 Stim.
zettel waren leer. - Da und dort wird die Hoffnung
laut, der Kantonsrat möge im Zerkunft weniger leeres
Hoch dreschen und mehr arbeiten.

Am 21. März war eidgenössische Abstimmung über
1. die sogen. Spielbankinitiative. (Verbot der Eröf-
nung von Spielbanken). Abänderung von Art. 35 der
Bundesverfassung.

Das Volksbegehren lautete auf gänzliche Schließung
aller bisher entgegen der Verfassung gehaltenen Spielbanken
(Genève, Bern, Thurgau, Luzern); ein Gegenentwurf
der Bundesversammlung wollte diese Institute unter gewissen
einschränkenden Bestimmungen erlauben. - Die Initiative
erhielt in der Schweiz 273,337 Ja mit 221,700 Stim.;
Kanton Zürich: 52,443 Ja mit 27,809 Stim.; Thurgau:
339 Ja mit 293 Stim. 14 Hände waren dafür mit
8 dagegen. - Der Gegenschlag der Bundesversammlung
vereinigete auf sich 115,007 Ja mit 331,582 Stim.;
Kanton Zürich: 12,933 Ja mit 63,958 Stim.; Thurgau:
111 Ja, 471 Stim. 21 1/2 Hände hatten eine ablehnende
Meinung mit nur ein halbes Hand nur für Annahme.

Damit hat das Schweizer Volk in klarer Weise bewei-
sen, daß es sich mit hellem, principienlosen Dingen
nicht befassen gibt. Hoffentlich ist nun auch die Aus-
führung des zum Gesetz erhobenen Volksbegehrens soweit,
daß dem deutlich ausgesprochenen Volkswillen keine
Kasse gebracht wird.

2. Bundesgesetz vom 27. Juni 1919 betr. die Ordnung
des Arbeitsverhältnisses. Die grundsätzliche Bedeutung die-
ses Gesetzesentwurfes liegt darin, ob Industrie + Gewerbe,
ev. später auch Landwirtschaft einer weitgehenden staat-
lichen Bevormundung unterstellt werden sollen, oder ob
der immer größer werdenden Benutzung der freien, wirtschaftlichen
Tätigkeit einmal Halt geboten werden soll.

Im ganzen sind 247,870 Stimmen und 10 Hände da.

für mit 249,902 Stimmen und 12 Hände dagegen. Das Ge-
setz ist aber mit knapper Mehr verworfen worden, zu
welchem Resultat bes. der Kanton Waadt beigetragen hat,
mit 34,188 Verwerfenden, gegen 10,621 Annahmende. - Kantone
Zürich: 46,391 Ja und 35,557 Nein; Glariken: 404 Ja +
253 Nein.

Am 16. Mai fand eine eidgen. Abstimmung statt
betr. Bundesbeschluss vom 5. März 1920 über den Ein-
tritt des Schweiz in den Völkerbund. Der Wichtigkeit der
Frage entsprechend war die Diskussion dafür und dagegen
sehr lebhaft. Selbst die Mitglieder des Bundesrates
beteiligten sich an der Propaganda für den Eintritt.
Nachdem der katholische Teil des Schweizervolkes zuerst
sich eher ablehnend verhalten hatte, da der Papst neuer-
Litz noch Stimmen im Völkerbund haben soll, schwankte
er so plötzlich um, man behauptet infolge eines politi-
schen Kuhhandels in Bern, weshalb in der Schweiz wieder
ein päpstliches Nuntius eingelaufen wurde (ist inzwischen
gezogen) und die Jesuitenfrage aufgestellt werden sollte.
In einem Aufruf (siehe Beilage) sind denn auch die
kath. Stimmberechtigten besonders bearbeitet worden, nament-
lich mit dem Hinweis, dass beim Völkerbund die Katholi-
ken nicht zu kurz kommen.

Für den Beitritt stimmten 413,078 Stimmberechtigte
mit 11 1/2 Hände, dagegen 322,278 mit 10 1/2 Hände.
Namentlich die westlichen Kantone hatten eine wichtige
Rolle für Annahme. Der Kanton Zürich stimmte gegen
den Beitritt (46,280 Ja und 66,887 Nein). Glariken
hatten 253 Ja und 706 Nein.

Am 31. Oktober fand eine eidgenössische Abstimmung statt
über das Bundesgesetz vom 6. März 1920 betr. die
Arbeitszeit beim Betrieb der Eisenbahnen und anderen Ver-
kehrsanstalten.

Für Annahme stimmten 368,774 Stimmberechtigte
mit 13 Hände (Zürich 72,840 Ja), dagegen 279,457
Stimmen und 9 Hände (Zürich 33,614 Nein). Glariken:
654 Ja und 190 Nein, bei einer Stimmbeteiligung von
70%

Am 12. Dezember war kantonale Abstimmung über
1. Kantonsratsbeschluss betr. Zuteilung eines Kredites von
Fr 1,435,000 - für Gewährung von Beiträgen zur Hilfsmittel
der Wahrungsmittel durch Förderung der Fleckbauern.

Kantone: 48,374 Ja, 26,959 Nein.

Gemeinde: 401 Ja, 210 Nein, 84 leerer Zettel

2. Kantonsratsbeschluss betr. Ankauf des 'Kasper Escher-
hauses' in Zürich zur Unterbringung der kantonalen
Versammlungen.

Kantone: 50,266 Ja, 25,034 Nein

Gemeinde: 395 Ja, 197 Nein, 103 leer.

Die im Jahr 1920 vorgenommenen Wahlen betreffen:

1. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Bezirksgerichts an
Stelle des zum Oberrichter gewählten Dr. jur. Hans Kern.

Wir sind es hier gewohnt, dass auch den unbedeutenden
Wahlen heftige Wahlkämpfe vorangehen, bei denen
es auch an persönlichen Feindschaften der Kandida-
ten nicht fehlt. Die Wahlkämpfe scheinen immer mehr
zu verschärfen. - In unserer Gemeinde hat sich zur Ab-
wehr der Sozialdemokraten ein bürgerliches Block ge-
bildet, der meistens die Mehrheit der Stimmen besitzt.

Bei einer Zahl von 1200 Stimmberechtigten erhielt
Dr. J. Kuster (Güthliener) 306 Stimmen, Dr. O. Wipf
(Loz.) 201. Freireisende Stimmen 40, leerer Stimmzettel
340.

2. Am 21. März Wahl von zwei Primarlehrern an Stelle
der demissionierenden Frau A. Wiener - Frei und des
Herrn Joh. Knecht. Von der Pflanz vorgeschlagen waren
Paul Knüsli geb 1893 von Affoltern by Zeh und Rudolf
Fischer geb 1885 von Affoltern by Zeh.

Auf den ersten fielen 696 Ja, 30 Nein, 45 Enthaltungen
auf den letzteren 704, 34, 33

3. Am selben Datum: Wahl eines Sekundarlehrers. Vor-
geschlagen war der Veroneser Werner Widmer geb 1896 von
Tolken. Er erhielt 828 Ja, 69 Nein bei 102 Enthaltun-
gen.

4. Am 18. April waren die Erneuerungswahlen (nach

dem Proportionalwahlverfahren) von 7 Mitgliedern des Kantonsrates im Wahlkreis Altstätten für die Amtsdauer 1920/23. Vorgeschlagen waren 6 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten, 6 Christl.-Soziale (Katholiken), 6 Grütliauer. Die Stimmbeteiligung war 80%. Die bürgerliche Liste erhielt 2055, die sozialdemokratische 2555, die christl.-soz. 1698, die grüthiauer 266 Stimmen.

Gewählt wurden 4 Bürgerliche (H. Büchel, Schlossermeister, Altstätten; Dr. jur. R. Keller, Dittikon; Mepner, Barmensekretär, Zürich und Wismer, Land. Praesid. Schlieren) ferner 3 sozialdem. Kandidaten (Ubr. Frei, Lehrer, Albisrieden; Jak. Gyan, Typograph, Dittikon, Jak. Müller, Kaufmann, Altstätten).

5. Am selben Tage: Erneuerungswahl von 7 Mitgliedern des Regierungsrates für die Amtsdauer 1920/23. Stimmen erhielten in der Gemeinde: Dr. Keller (fris.) 385. Dr. Kaufman (fris.) 382; Dr. Wettstein (dem.) 360. Ottiker (dem.) 382; Tobler (Bauernpartei) 383. Kauer (Bauernpartei) 378; Walter (Grütl.) 386.

Im Kanton: Dr. Keller 53,771. Kauer 53,017, Dr. Kaufman 63,486. Ottiker 53,619. Tobler 53,595. Walter 57,688. Wettstein 49,803 Stimmen.

Am 16. Mai erfolgte:

6. Die Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern der Kirchensynode.

7. Erneuerungswahl von 7 Mitgliedern der Bezirkskirchenpflege. - Bei sehr geringer Beteiligung wurden die bisherigen Mitglieder wieder Betrüden für eine neue Amtsdauer bestätigt. Die geringe Beteiligung bei kirchlichen Wahlen ist eigentlich beschämend für unser Volk.

Nein Staub aufgeworfen hat

8. die Ersetzungswahl eines Mitgliedes des Gemeinderates.

Von der bürgerlichen Partei war deren Praesident med. vet. Huber vorgeschlagen worden, der aber innerhalb seiner eigenen Partei wegen seiner diktatorischen Art nicht beliebt ist. Es wurde deswegen auch der socialist. Kandidat K. Käthiger, S. B. B. Beamter mit 579 Stimmen

gewählt, während Huber nur 434 Stimmen erhielt.

9. Am 31. Oktober war Erstwahl eines Mitgliedes der Sturkammision. Gewählt wurde der von den Sozialdemokraten postulierte J. Fischer-Engloff mit 287 Stimmen, Lere stimmte 474, verwehrt 21, ungültig 15.

VII. Aus dem kirchlichen Leben der Gemeinde.

Kirchengemeinderesammlungen fanden wegen der Maul und Klauenseuche keine statt. Auf den 18. Juli und auf den 31. Oktober waren solche anberaumt gewesen, aber sie mußten verlagert werden. Erst ~~am~~ im Januar 1921 fand eine Versammlung statt, über die in der nächsten Chronik berichtet werden soll. Als Hauptbeschwerden, das uns wohl noch lange beschäftigen wird, war erstgesehen die Bedrängung der Kirchenpflege und zwar als erste Schritte: Genehmigung eines Ankaufsvortrages mit kath. Kritikern. Das bestehende Simultaneverhältnis ist für beide Konfessionen gleich unbefriedigend und beeinträchtigt das kirchliche Leben sehr stark. Wir können keinen Fortweg, keine Exposéveranstaltung in der Kirche haben, ohne daß wir vorher oft unangenehme Auseinandersetzungen mit der kath. Kirchenpflege haben, trotzdem ja das Schiff der Kirche, feiner Turm + Geläute zur Hälfte aus ihr kommen. Es wolle uns die kath. Kirchenpflege einmal die Abhaltung einer Christkämpfer für Sonntagsschule und Gemeinde verhüten, da sie "weltliche" Veranstaltungen in Gotteshaus nicht dulden könne!

Auch durch das Kirchenverbot wegen der Viehseuche wurde das kirchliche Leben beeinträchtigt. Neben das "Kulturkämpfer" zwischen Gesundheitsbehörde und kath. Kirchenpflege siehe weiter vom pg.

Im Ganzen darf festgestellt werden, daß das kirchliche Leben bedeutend reger ist als früher. Der Kirchenbesuch ist, namentlich auch von Seiten der Männer empfänglich, im Sommer besser als im Winter, da die Kirche nicht heizbar ist. Die Sonntagsschulen und der Kindermissionsverein gedeihen vorzüglich, ebenso

die Vereinigungen etwel. Konfirmanden, Frauenvereine, Verein und christl. Verein junger Männer. Auch ein junger Frauenverein ist im Entstehen begriffen. - Dagegen hat der Blankenauer Verein an Blutzucht und zählt Jahr für Jahr weniger Mitglieder. Keine Empfehlung für die vielgepriesene Loyalität.

An ausserordentlichen Veranstaltungen fanden statt ein Nipionskonzert zu Gunsten der Nipioner in Indien. Es wurden hauptsächlich die Arbeiten des Kinder-Nipionsvereins verkauft, neben anderen Gaben, die für den Basar geschenkt worden waren. Der Nettobezug war über 1000.-. Ferner: verschiedene Nipionsvorzüge; die Jahresfeier des schweiz. Diakonievereins, welcher hier ein kleines Kinderheim hat (200 gute Stühle); Christbaumfeier für Sonntagsschule und Gemeinde.

An kirchlichen Handlungen sind folgende zu verzeichnen für Dietikon und die angrenzenden ländlichen Bezirke mit Killwangen-Spreitenbach:

- | | | |
|---|-------|---------|
| 1. Taufen: 29 Knaben, 25 Mädchen | Total | 54 (48) |
| 2. Konfirmanden: 18 Söhne, 33 Töchter | " | 51 (62) |
| 3. Ehessegnungen: | Total | 6 (2) |
| 4. Kirchl. Bestattungen: 22 männl. 32 weibl. Personen | Total | 44 (30) |

(Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1919).

Freiwillige Kirchensteuer pro 1920 von Dietikon mit Spreitenbach:

- | | |
|--|--------|
| 1. Festtagsopfer für die Armen | 358.95 |
| 2. Sonntagsoffer für das Spindgut | 580.- |
| 3. Für die Nipioner (1. Adventsoffer) | 168.50 |
| 4. Für den protest. kirchl. Hilfsverein: | |
| a) Reformationsteuer für Wähler | 157.15 |
| b) für die regelmäss. Beiträge | 218.- |
| 5. Beitragssteuer für Anstalt Regenbogen | 211.- |
| 6. Für "Schweizerhilfe" | 39.- |
| 7. Steuer bei Christbaumfest für armenische Kinder | 39.- |

Total Fr 1765.60

Im Jahr 1919 waren es fr 1654.70, also sind es 1920
etwas über fr 100.- mehr.

Ferner betrug die Kaufmännergabe fr 82.-,
an freiwilligen Gaben gingen ein für die Kipian
(außer dem Erlös des Kipianbesatzes) fr 111.75.

VIII. Gemeinnütziges und Feiern.

Die jährliche Sammlung für das Alter ergab in
unserer Gemeinde trotz der Lunte fr 619.- (gegen
fr 600.70)

Im Februar fand eine Sammlung für Kowalberg
statt, welche außer viel Wäsche, Kleidern und Nah-
rungsmitteln den Betrag von fr 322.- ergab.

In Laufe des Jahres trat die vom Krankpflege-
verein angestellte und seit Jahren sehr thätige
Krankpflegerin Fr. Müller von ihrem Posten
zurück. Der kath. Pfarrer wählte die Nachbesetzung
der Stelle so einzuführen, daß eine katholische
Baldezgerschwester angestellt werde, obwohl die Mehr-
heit der Vereinsmitglieder protestantisch ist.

Der Frauenverein veranstaltete auch im Berichts-
jahr eine Anstalt Knose für Frauen und Mädchen,
Näh-, Stick-, Hut-, Schulknose etc.

Die Tätigkeit aller Vereine, sowohl der politischen,
sportlichen, Berufs-, Gesang-, Musik- und Tugend-
gesangsvereine hat unter den ~~zu~~ Einschränkungen, wel-
che Grippe und Keuchhusten brachten, gelitten, so
sind z. B. viele der obligaten Abendunterhaltun-
gen mit Theater und Tanz, ohne welche kaum ein
Verein auskommen kann, zum großen Leidwesen der
Mitglieder ausgefallen. - In der Grippe und seuchen-
freien Zeit, am 30. Mai, konnte der Musikverein
Günstlich sein Fest der Fahnenweihe abhalten, das
in unserer festlosen Zeit zu einem Volksfest, an
dem Wein und Bier in Strömen floss und jedermann
Geld zu haben schien, wurde. Eigentlich sollte
man nicht die Feste in einer Chronik erwähnen,
denn sie sind kaum mehr etwas merkwürdiges,

so wenig als die Korkkaper in einem Flugjah. Auch
wichtig wäre ein Jahr ohne Feste in der Schweiz, dem
europäischen Festlande.

In besondern sportlichen Leistungen ist der Welt,
namentlich von ca 7000 um den Zürichsee zu erwäh-
nen, bei welchem unter den Junioren (ca 300 Her-
ren) Karl Rieder, Dietikon in 7 Schw. 29 Min + 17
Sek. siegte, was einer Stundenleistung von 9,36 km
entspricht. Zweiter war Ernst Schüller, Dietikon
in 7 Schw. 33 Min. + 41 Sekunden. Unter den "Jungen",
(ca 20 Herren) die 35 km zurück legen mußten,
war Elsa Zimmermann, Dietikon in 4 Schw. 43 Min.
und 3 Sek. die Beste.

Damit wäre die Uebersicht über 1920 beendigt. Es
gewährt ein Bild, in dem die tiefen Schatten nicht
fehlen. Ein Kapitel, über das noch manches zu berich-
ten wäre, ist die zunehmende Verkennung der Jugend
und die gesteigerte Verzögerungsart der Alten. -
Man all der dunklen Schatten unserer Zeit will
nicht da und dort in zum spirituellen veranlagten
Köpfen die Erwartung des nahen Weltendes auf. Ein
gesellter und in indischen Dingen sonst doch aus-
serer Mann, mit dem ich über die Neuordnung un-
serer kirchl. Verhältnisse sprach, sagte mir: es bedauere,
ob eine solche noch nötig oder möglich sei, denn
das Ende aller Dinge sei nahe. Das beweise die Welt-
lage und die genauen Berechnungen auf Grund der Zah-
lenangaben der Offenbarung Johannes. - Diese Erwar-
tung des Endes ist in allen dunkeln Perioden der
Weltgeschichte ersicht, trotz des klaren Wortes Jesu,
daß Zeit und Stunde nur allein Gott weiß. - Kann
kann das Ende bald oder nicht, trotz solcher
Zeiten und solcher Ansichten bleibt es dabei:
"Gott sitzt im Regimente und führt alles wohl!"

Dietikon, den
24. Februar 1921

Der Christ:
Karl Tanner. *Kt*

Freisinnige Partei des Kantons Zürich.

Eidg. Proportionalwahl-Verfahren.

Damit unsere Parteifreunde keine ungültigen Stimmen abgeben und damit die Stimmkraft jedes unserer stimmberechtigten Gesinnungsfreunde mit ihrem vollen Gewicht zur Geltung komme, wird allen dringlich die Beachtung folgender Punkte empfohlen:

1. Legt die Liste ein mit der Aufschrift Wahlliste der freisinnigen Partei des Kantons Zürich.

2. Legt die Liste möglichst unverändert ein.

3. Wer einem Kandidaten nicht stimmen will, soll ihn streichen, aber im übrigen die Liste unverändert einlegen. Er hilft damit den andern Kandidaten gegenüber dem Gestrichenen in Vorsprung.

4. Wer einem Kandidaten der freisinnigen Liste einen besondern Vorrang verschaffen will, kann ihn an Stelle eines Gestrichenen hinsetzen (kumulieren). Kein Name darf jedoch mehr als zwei mal auf der Liste stehen.

5. **Von den Kandidaten der andern Parteien dürfen keine auf unsere Listen gesetzt werden.** (Das schädigt auch alle andern unserer Kandidaten, schädigt unsere Partei und hilft dem Gegner zu mehr Mandaten ohne dass man sicher ist, dass dann der panachierte Kandidat der andern Partei auch gewählt wird.)

Der Wähler unterlasse:

1. Das **Panachieren**, d. h. das Hinschreiben von Kandidaten anderer Parteien. Es bringt nur Verwirrung in das Wahlgeschäft und **hilft nur den andern Parteien.**

2. Das Ausfüllen leerer amtlicher Wahlzettel. Sie bringen die Stimmkraft des Wählers nicht voll zum Ausdruck.

3. Er unterlasse jede Bemerkung auf dem Wahlzettel, sonst ist dieser ungültig.

4. Er darf keine Namen von Kandidaten aufschreiben, die nicht auf einer Liste publiziert sind. Alle diese Stimmen sind ungültig.

Der Wähler benütze dagegen die Liste mit der Parteibezeichnung freisinnige Partei des Kantons Zürich, dann zählt seine Stimme 25 mal.

Einzig diese Liste sichert dem Wähler und der Partei die volle Stimmkraft. Jede solche Stimme zählt 25-fach.

Freisinnige Partei des Kantons Zürich

Letzter Mahnruf!

Die entscheidende Stunde ist da. Freisinniger Bürger, tu' deine Pflicht, wenn du nicht an die Wand gedrückt werden willst. Jetzt gilt's Stellung zu nehmen! Das Schimpfen nachher hat weder Zweck noch Wert.

Was will die freisinnige Partei? Die Freisinnige Partei ist die Partei des Mittelstandes, wie keine andere. Es ist nicht richtig, daß sie die Partei der großen Geldsäcke ist. Wohl haben wir auf unserer Liste einige prominente Vertreter des Großhandels und der Groß-Industrie, weil wir anerkennen müssen, daß diese beiden Wirtschaftsgebiete von hervorragender Bedeutung für die Wohlfahrt unseres Landes sind und in dieser wirtschaftlich schwierigen Uebergangszeit in unserer Bundesversammlung vertreten sein müssen. Was für Erfolge werden wir mit unserer ganzen Sozialpolitik haben, wenn unsere Wirtschaftspolitik eine unglückliche ist? Darum gehören Männer in unsere oberste gesetzgebende Behörde, die etwas von diesen Dingen verstehen. Und wir machen uns eine Ehre daraus, die Vertreter des Großhandels und der Groß-Industrie auf unsere Liste zu nehmen. Diesen beiden Wirtschaftsgebieten verdankt Zürich seinen Wohlstand und seine Größe.

Aber die freisinnige Partei als solche ist keine großkapitalistische Partei. Sie hat im Gegenteil das größte Interesse daran, alles zu tun, daß unser gesunder Mittelstand nicht zwischen den zwei gewaltigen Mühlsteinen — dem Sozialismus einerseits und dem Großkapitalismus andererseits — zerrieben werde. Es gilt seine Verproletarisierung zu hindern, seine Selbständigkeit zu erhalten. Es soll dem Einzelnen keine Ausdehnungsmöglichkeit nicht beschnitten werden. Wir wollen darum möglichste Beschränkung der staatssozialistischen Monopole. Wir haben genug an den bisherigen. Dafür verlangen wir mehr Verständnis für die Lage des Gewerbestandes. Der Kern unseres Volkes ist unser Mittelstand. Den gilt's mit allen Mitteln zu erhalten und

zu stärken. Deswegen haben wir nicht im Sinne, Scheuleder- oder Bremskloßpolitik zu treiben. Wir sind uns bewusst, daß die neue Zeit gewaltige Anforderungen an die soziale Ausgestaltung unseres Staatswesens stellt. Wir wissen, daß die Besitzenden auch weiterhin große Opfer werden bringen müssen. Wir sind auch bereit, sie auf uns zu nehmen. Aber wir können nicht wollen, daß man einfach in's Blaue hinein unüberlegte Experimente macht. Erfahrung und Klugheit sollen nach guter Schweizerart ihr Wort mitsprechen. Wir lassen uns hierin weder von der Phrasendrescherei der Einen, noch von dem Huronengebrüll der Andern heirren.

Wer darum einen **gesunden, vernünftigen und zielbewußten Fortschritt** will, einen Fortschritt nicht der **Phrase**, sondern der **Tat**, wenn es um die Erhaltung senkrechter Schweizerart zu tun ist, die weder nach oben, noch nach unten, weder nach links noch nach rechts schießt, sondern gerade aus auf's Ziel los geht, wer in der Politik nicht bloß eine engherzige Interessenvertretung sehen will, sondern den ehrlichen Willen, das **Gesamtinteresse des Volkes über alles zu stellen**, der lege

die freisinnige Liste VI

in die Urne.

Das Vaterland erwartet, daß wir unsere Pflicht tun.

Das freisinnige Wahlkomitee.

Freisinnige Partei des Kantons Zürich.

An unser freisinniges Zürchervolk!

Die kommenden Nationalratswahlen sind von größerer Bedeutung, als je. -- Sie werden zum ersten Male nach dem Proporzwahlverfahren vorgenommen. Die verschiedensten Interessengruppen haben sich gebildet, die alle durch ihre Vertreter ihre Interessen und nur ihre Interessen gewahrt wissen wollen. Wer hat noch das **allgemeine** Wohl im Sinne? Wer steht auf so hoher Warte, daß er an das **Volk** als **Ganzes** denkt, und an das, was ihm frommt? Pflichten will niemand mehr kennen, nur noch Rechte. Das Vaterland ist für Viele zu einer Art Kuranstalt geworden, aus der jeder möglichst viel zieht.

Und diese Interessentreter sollen nun in Bern den Rahmen für das neue Schweizerhaus zimmern. Sie sollen die Bundesverfassung revidieren und die wichtigsten Entscheidungen treffen, von denen die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes abhängt. Mit Phrasen und Schlagworten ist es nicht getan. Wenn irgend einmal, so gilt jetzt die Politik der **Tat**, und zwar der **raschen** und doch wohl **erwogenen** Tat. Darum, Zürcher Volk, sieh dir die Männer an, die du in die neue Bundesversammlung wählen willst. Es sollen **keine** Vertrauensmänner sein.

Stimme der freisinnigen Liste VI. Sie verbürgt dir nicht nur eine die Interessen unseres ganzen Volkes umfassende Vertretung. Sie präsentiert dir auch Männer, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben. Wäg's, dann wag's.

Das freisinnige Wahlkomitee.

Stimmt der freisinnigen LISTE VI



Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich



Zur Nationalratswahl Evangelische Christen!

Jetzt ist es Zeit,

daß auch wir in den Kampf eintreten, zu dem uns die Gegenwart drängt.

Es gilt, die Kräfte des Evangeliums, welche unserm Volk allein wahres Leben geben können, im Staatsleben wirksam zu machen. Dieses Streben konnte bis jetzt nie so, wie es wünschbar war, zur Geltung kommen. Jetzt aber ist uns durch den Proporz Gelegenheit gegeben, Männer unserer Überzeugung, Männer, die den Standpunkt einer entschiedenen christlichen Minderheit vertreten, in die Behörden zu wählen. Wir kämpfen für eine gute Sache. Wagen wir jetzt nicht an die Öffentlichkeit zu treten, wagen wir nicht unsere Forderungen zur Geltung zu bringen, versagen wir dem Staate unsere Mitarbeit, so verschulden wir uns an unserm Volke. Wir vertreten nicht die wirtschaftlichen Interessen einer Erwerbsgruppe, sondern wir wollen versuchen, im Geiste christlicher Liebe das ganze Volk zu einigen!

Welches sind unsere Ziele?

Wir bekämpfen den Materialismus unten und oben und alle damit verbundenen Übelstände unserer Tage, die Genuß- und Vergnügungssucht usw.

Wir bekämpfen den Mammonismus, die rücksichtslose Gewinnucht, den Wucher zum Schaden von Menschenleben, die Ausbeutung, welche den Geldgewinn höher

wertet, als die Wohlfahrt des Nebenmenschen, ein Spekulantentum, das gerade in der Kriegszeit zur größten sittlichen Gefahr für das Volksleben wurde.

Wir bekämpfen den Alkoholismus: als Quelle tausendfachen Elendes unter allen Ständen, als Ausbeutung schwacher Mitbrüder durch ein gewissenloses Alkoholkapital, als Ursache schwerer Lasten für Gemeinde und Staat.

Wir bekämpfen die Unsittlichkeit mit all ihren Erscheinungen in Wort und Bild (Kinounwesen, Schmutzliteratur, Prostitution).

Wofür kämpfen wir?

Wir kämpfen für die Hebung der religiösen und sittlichen Bildung durch Kirche und Schule und ganz besonders für das christliche Haus, welches die Grundlage eines gesunden Volkslebens ist.

Wir kämpfen für den Schutz der Jugend durch entsprechende Beeinflussung der Gesetzgebung und verlangen gewissenhafte Ausführung der bezüglichen Gesetze.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, welche unser Volk zu einem mäßigen und soliden Leben führen wollen, z. B. die Revision der Alkohol- und Wirtschafts-gesetzgebung nach dieser Richtung.

Wir treten ein für Besserung der Wohnungsverhältnisse, für billige und gute Ernährung, für Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Hinterlassenenfürsorge.

Wir kämpfen für eine solche Gestaltung der Gesetzgebung, daß die freie Entwicklung christlicher Persönlichkeiten nicht gehemmt, sondern gefördert wird, für Schutz der Schwachen vor jeglicher Bedrückung und Ungerechtigkeit, für Ermöglichung einer befriedigenden Existenz jedes Arbeitenden und für ausreichende Fürsorge für alle wirklich Hilfsbedürftigen.

Werte Mitbürger!

Aus diesen Beweggründen beteiligen wir uns an den kommenden Nationalratswahlen. Die von uns vorgeschlagenen sind Männer von entschieden christlicher Gesinnung, die im Volke stehend zum Wohl des Volkes wirken werden im Geiste der Gerechtigkeit und Bruderliebe.

Wer mit unsern Bestrebungen einverstanden ist und seine Bürgerpflicht erfüllen will, lege bei den Nationalratswahlen Liste 4 der Evangelischen Volkspartei unverändert in die Urne!

Die Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich

Arbeiter und Angestellte im Kt. Zürich

Rüstet Euch!

Die Neuwahl der Vertretung in die Bundesversammlung ist herangereift. Sie ist diesmal von ganz besonderer Bedeutung für die Arbeiterklasse. Eine neue Wahlart und ein erweiterter Wahlkreis ermöglichen einen wuchtigen Massenaufmarsch und bestimmte Erfolge. Eine Zeit voll wichtiger Fragen, die auf Lösung drängen, treibt zu größter Kraftanstrengung.

Die Verhältniswahl.

Jahrzehntlang haben wir dafür gekämpft. Allzulang ist die Sozialdemokratie, die Vertreterin der Arbeiter und Angestellten, durch Majorz und Wahlkreisgeometrie hintangehalten worden. Die herrschende Partei, die Vertreterin des Großkapitals, konnte künstlich ihre Herrschaft erhalten. Das Volksbegehren wurde jahrelang verschleppt. Endlich ist das alte Wahlsystem gefallen. Die Verhältniswahl hat gesiegt.

Der Kanton Zürich bildet nun **einen** Wahlkreis. Jetzt können die Arbeiter und Angestellten ihre Stimmkraft zur Geltung bringen. An ihnen liegt es, die politische Macht in der Eidgenossenschaft zu erobern, die ihnen nach ihrer großen Zahl zukommt. Damit entreißt sie im gleichen Maß der Vertretung des Geldsacks die Herrschaft.

Eine Zeit schwerer Leiden

liegt hinter uns und ist noch nicht überstanden. Denkt an die Entlassungen und Lohnherabsetzungen bei Kriegsbeginn! Denkt an die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse! Denkt an die Wohnungsnot und die wucherische Steigerung der Mietzinse! Denkt an die Unterernährung infolge Nahrungsmangels, verschärft durch Wucherer und Schieber.

Nur durch den Druck der Arbeiterschaft ließ sich die herrschende Partei zum Einschreiten treiben. Meist kamen dann die Maßregeln zu spät und verfehlten ihre Wirkung. Das arbeitende Volk darbt, während die großen Herren aus ihrem Gewinn alles haben konnten, was sie nur wollten.

Die Herren wurden reich — das Volk blieb arm!

Nie vorher sind Millionengewinne gemacht worden, wie in den letzten Jahren. Sie wurden nur erzielt durch die Arbeit des werktätigen Volkes in Fabriken, Werkstätten und Büros. Den Profit zogen die Herren. Ein Teil der Arbeiter und Angestellten konnte sich mit schweren Kämpfen für ihre Lebenshaltung wehren. Große Schichten stehen jetzt noch auf der untersten Stufe des Daseins und leiden unter Not und Sorge! Die Kluft zwischen Oben und Unten ist größer als je!

Eine neue Zeit bricht an!

Große Militärmächte sind zusammengebrochen! Kronen sind auf das Straßenpflaster gerollt. Ihre Träger mußten flüchten. Eine ungeheure Gährung geht durch die ganze Welt! Sie hat auch die siegenden Mächte ergriffen und erschüttert. Die Unsicherheit der Gegenwart und die Ungewißheit der Zukunft ruft in allen Ländern Arbeiterbewegungen hervor von einer Mächtigkeit, die nie vorher erlebt wurde. Was bei uns in der Schweiz bisher vorkam, ist nur eine Kleinigkeit dagegen. Die Bewegung kann erst dann zur Ruhe kommen, wenn große Veränderungen in der Stellung der Arbeiterschaft erobert sind. Sie hat ihre wichtige Stellung und Macht in der Volkswirtschaft erkannt und will sie geltend machen.

Die alten Mittel genügen nicht mehr!

Sie können sogar den Staat nicht mehr vor dem Bankrott retten. Auch die Eidgenossenschaft ist überschuldet, wie viele Kantone und Gemeinden. Diese Schuldenwirtschaft kann nicht weiter getrieben werden. Das Großkapital hat sich unter dem Schutze des Staates in Riesenhafter vermehrt. Es vergilt nicht nur nicht den Schutz des Staates. Es beherrscht ihn vielmehr und schreibt ihm die hohen Zinse vor, die er zu bezahlen hat. Gemeinden, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, verweigert es den Kredit. Dagegen will es dem arbeitenden Volke die Staatslasten durch indirekte Steuern und Zollerhöhungen überbürden. Eine solche Finanzpolitik muß mit aller Kraft bekämpft werden.

Der Großbesitz soll abgabepflichtig sein!

Die Volksanschauung erträgt nicht mehr, daß die staatliche Gemeinschaft als Bettler dastehe und den überreichen Privaten tributpflichtig sei. Ihr Reichtum entstammt der Arbeit der Gesamtheit. Dieser ist er geschuldet und soll ihr daher auch abgetragen werden. Das ist auf dem Wege der Gesetzgebung anzuordnen. Der kleine Besitz soll nicht angetastet werden. Aber von dem Großbesitz ist ein mit der Besitzesgröße steigender Betrag an den Staat abzuliefern. Dieser Grundsatz ist in andern Staaten von bürgerlicher Seite als richtig anerkannt. Bei uns ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, ihn zur Tat werden zu lassen.

Arbeitsloses Einkommen ist unhaltbar.

Daß gesunde Menschen im kräftigsten Alter ohne nützliche Arbeit in Hülle und Fülle leben können, widerspricht dem Volksempfinden. Sie können das nur auf Kosten der Gesamtheit. Kapital bringt von selbst keine Zinsen, diese stammen nur aus schaffender Arbeit des werktätigen Volkes. Ohne erzeugende Arbeit kann keine Gemeinschaft bestehen. Daher hat die Gemeinschaft das Recht, allen gesunden und arbeitsfähigen Gliedern eine Arbeitspflicht vorzuschreiben. Diese wird aber erst dann wirksam, wenn arbeitsloses Großeinkommen beseitigt wird.

Wir sind kein Volk von Brüdern mehr!

Oben Reichtum und Herrentrotz — unten Armut und Unterdrückung. Unternimmt die Arbeiterschaft kräftigere Schritte zur Verbesserung ihrer Lage, so antwortet die herrschende Klasse und Partei mit Gewalt: Entlassungen und schwarze Listen, Versammlungs- und Streikverbote, Polizei, Militär mit Maschinengewehren und Handgranaten, Strafgerichte und Gefängnis. Barbarisch und grausam wird die Arbeiterschaft geknebelt. Verfassung und Gesetz galten früher als Schutzmittel für die wirtschaftlich Schwachen. Heute sind sie nur Gewaltmittel des Geldsacks.

Die Reaktion erhebt frech ihr Haupt!

In der Eidgenossenschaft versuchte sie, die notwendigsten Nachsteuerungszulagen zu hintertreiben, wie Finanzminister Motta eingestand. Sie ergreift das Referendum gegen das bescheidene Gesetz, das den Heimarbeitern die erbärmlichen Löhne aufbessern will. Sie sucht in der Stadt Zürich den Gemeindebeschluß für die Arbeitswoche von 44 Stunden zu beseitigen. Sie bewaffnet das Bürgertum gegen die Arbeiter, sogar gegen die eidgen. Beamten und Angestellten (wie jüngst in Zürich) und zeigt damit, daß sie selbst vor dem Bürgerkriege nicht zurückschreckt.

Gebt darauf am Wahltage die Antwort!

Ein starkes Mittel ist der Stimmzettel. Nichts schreckt die Herren mehr, als damit aus dem Sattel gehoben zu werden. Dem müssen sie sich fügen. Werden sie nicht mehr gewählt, so können sie auch nicht mehr nach Bern reisen, um die Geschäfte des Geldsacks zu besorgen. An ihre Stelle treten dann die Vertreter des Proletariats. Entreißt das arbeitende Volk den Herren durch seinen Machtspruch an der Wahlurne die starken Herrschaftsmittel des Staates, dann ist es mit der politischen Unterdrückung vorbei. Die Reaktion kann und muß am Wahltage beseitigt werden. Jetzt ist Zeit und Gelegenheit dazu, man muß sie nur benützen!

Die Arbeiterschaft ist erwacht!

Die Leiden und Aufregungen der Kriegszeit haben sie mächtig aufgerüttelt. Sie haben ihr gezeigt, daß sie in geschlossener Gemeinschaft sich wehren kann und muß. Zunächst ist sie in großen Scharen in die Gewerkschaften geströmt, die heute in der Schweiz mehr als 200,000 Mitglieder zählen und täglich zunehmen. In dieser Gemeinschaft gewinnt sie Hoffnung, Mut und Kraft, um für ihre Hebung und Befreiung zu kämpfen.

Den Arbeitern folgen die Angestellten!

Sie lassen sich freilich vorläufig zaghaft noch am Gängelband führen. Aber alle kräftigeren Naturen sehen schon ein, daß sie nur dann nachhaltig Verbesserungen erkämpfen können, wenn sie dem Beispiel der Arbeiter folgen. In den Organisationen der Angestellten wächst zusehends die Einsicht, daß sie auch nur Lohnarbeiter sind. Der Widerstand der Herren stärkt diese Einsicht. Die Vereinigung wird auch ihnen Mut einflößen. Die Zeit rückt heran, wo sie mit den Arbeitern vereint marschieren.

Staatliches Erbrecht auf arbeitsloses Großeinkommen!

Kleinbesitz, der zur wirtschaftlichen Familiensicherung dient, soll auch weiter unangreifbar sein. Aber die zinstragenden Werttitel, die ein arbeitsloses Großeinkommen sichern, sollen an den Staat fallen. Den erwerbsunfähigen Hinterlassenen sind Leibrenten zu gewähren. Aus dem Erbrecht des Staates ist ein Patrimonium (Gesamterbe) der Besitzlosen zu bilden, die nichts zu erben haben. Dadurch erst wird der „soziale Ausgleich“ geschaffen, von dem die Programme anderer Parteien reden, ohne ihn je zur Tat werden zu lassen.

Rechte der Arbeiter und Angestellten.

Die kapitalistische Arbeitsweise ist monarchisch, auf Alleinherrschaft gegründet. Freilich ist kein Wirtschaftsbetrieb ohne Unterordnung unter fachgemäße Leitung möglich. Aber es soll keine Knechtschaft sein, in der willenlos gehorcht wird. Bei vorgeschrittenem Bewußtsein der Arbeiter führt Knechtschaft nur zur Arbeitsunlust. Darum mußte die Sklavenarbeit, weil unwirtschaftlich, der freien Arbeit weichen. Welche Werke bei weitgehendem Arbeitsrecht und ohne Unternehmerprofit geleistet wurden, zeigen die Bauten des Mittelalters. Die kapitalistische Arbeitsweise wird dem gleichen Schicksal verfallen, wie die Sklavenarbeit. Sie muß einer sozialen Arbeitsweise Platz machen mit gesetzlichem Mitspracherecht der Arbeiter und Angestellten. Hier hat die Gesetzgebung einzugreifen.

So wird ein Uebergang geschaffen zur Entwicklung der sozialisierten Gemeinschaft im Interesse der ganzen Gesellschaft. Dadurch wird die Arbeitsfreudigkeit und damit die Gütererzeugung gehoben, die ganze Volkswirtschaft mächtig gefördert und ihre Zukunft gesichert.

Das ist Ziel und Aufgabe der Sozialdemokratie!

Ihre Vorgesprochenen sind verpflichtet, für dieses Ziel und diese Aufgabe im Rate zu wirken. Die Partei wacht darüber, daß es geschehe. Die Zeit ist da, große Fragen zu lösen zur Hebung der ganzen arbeitenden Klasse. Keiner andern Partei ist es ernst, an diese großen Fragen zu gehen.

**Hier, Arbeiter und Angestellte, ist eure Fahne und euer Weg!
Schart euch um diese Fahne! Betretet diesen Weg!**

Einen gewaltigen Aufstieg der großen arbeitenden Klasse könnt ihr erkämpfen, wenn eure Begeisterung der großen Aufgabe entspricht!

Welche andere Partei kann eine solche Begeisterung bieten? Welche kann sich als Vertreterin und Vorkämpferin der großen Volksmasse zeigen?
Nur die Sozialdemokratie kann es!

Strömt daher in Massen zu den Urnen und stimmt für die

Sozialdemokratische Liste!

Zürich, den 10. Oktober 1919.

Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich.

Nationalratswahlen

vom 26. Oktober 1919.

Mitbürger!

Die erste Proporzwahl des Nationalrates ist von unermeßlicher Tragweite. Ihr Ausfall wird für Jahrzehnte die Richtlinien der innern und äußern Politik der Schweiz festlegen. Des neuen Rates harret die Lösung von Aufgaben, wie sie in solch verantwortungsvoller Schwere seit dem Sonderbundskrieg nicht mehr an unser Parlament herangetreten sind. Die **Totalrevision der Bundesverfassung** ist durchzuführen im Sinne reiner Demokratie und beschleunigten sozialen Ausgleichs; die Frage des **Beitritts zum Völkerbund** unter strenger Wahrung unserer Neutralität und Selbständigkeit ist zu lösen; es ist die durch den Weltkrieg durcheinandergeworfene Wirtschaft unseres Volkes durch **gesetzlichen Preisabbau und staatliche Organisation des Arbeitsverhältnisses** in Ordnung zu bringen und dem welterobernden Gedanken des wahren Sozialismus anzupassen. Mit einem Worte: es gilt, unser liebes Schweizer Haus von Grund aus umzubauen, auf daß es sich heimelig und wohnlich ausnehme neben den Volkspalästen, welche jetzt aus dem Schutt des Weltkrieges von allen Nationen aufgerichtet werden. Am 26. Oktober wählt das Schweizer Volk die Baumeister und Handwerker, denen es den Umbau seines Hauses anvertraut.

Die Schweizerische Sozialdemokratische Volkspartei (Grütliverein) verpflichtet ihre Vertreter gemäß ihrem Programm auf die **Grundsätze der wahren Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit**, des gesetzlich beschleunigten Ausgleiches der Klassenunterschiede, der entschiedenen **Ablehnung jeder Diktatur**, gleichgültig ob kapitalistisch, militaristisch, bürokratisch oder bolschewistisch. Wir wollen durch den bewußten **Mehrheitswillen unseres Volkes** in die künftige soziale Weltordnung hineinwachsen, und weit entfernt, unsere nationale Eigenart und Heimatliebe zu verleugnen, trachten wir vielmehr danach, sie seelisch zu vertiefen, mit sozialem Geiste zu durchtränken, zu reinigen von den Schlacken des Chauvinismus und zu erfüllen mit der allumfassenden Idee eines abgeklärten Weltbürgertums. **Patriotismus und Internationalismus** sind für uns **keine unvereinbaren Gegensätze**, sondern sich gegenseitig bedingende Begriffe; denn ohne besonders geartete Nationen mit eigenschöner Kultur ist kein idealer Wettbewerb der Völker, kein Fortschritt der Weltkultur denkbar.

Das ist die politische Weltauffassung des Schweizerischen Grütlivereins, welche er, stets im Vordertreffen des politischen und sozialen Fortschrittskampfes stehend, seit Generationen

betätigt hat. Und so werden seine künftigen Vertreter in der Bundesversammlung mit aller Energie und Beharrlichkeit eintreten für alles, was demokratischer, sozialer und kultureller Fortschritt ist, mit dem zähen Willen, gesetzlich und schrittweise den Sozialismus zu schaffen, jenen **wahren Sozialismus**, der ohne Bürokratie oder Ausbeutung besser und billiger arbeitet, als die großkapitalistische Privatwirtschaft.

Formalpolitisch fordern wir gleiches Recht für Mann und Frau, proportionale Volkswahl aller Behörden und die Gesetzgebungsinitiative durch das Volk. Wir wollen im Rahmen der Weltlage **abrüsten** und die bisher für den Militarismus geopfert Millionen sozialen Zwecken zuwenden. Das zu unserer Sicherheit noch notwendige **Heerwesen** soll **demokratisiert**, von allen preukelnden Überresten gereinigt und damit innerlich gefestigt werden. Die **Steuerpolitik** des Bundes sei für direkte und indirekte Abgaben geleitet von dem Grundsatz, daß der Unbemittelte steuerfrei und das Existenzminimum in genügender Höhe angelegt sei, daß die notwendigen Nahrungs- und Bedarfsartikel verbilligt und die Steuerlasten den tragfähigen Schultern auferlegt werden bei stärkster Progression für die Reichen. Die **Wohlfahrtspolitik**, deren Pflege einem neu zu schaffenden Departement für Arbeit, Volksgesundheit und soziale Fürsorge zu übertragen ist, soll den gesunden Kleinwohnungsbau, die Dezentralisation der Wohnbevölkerung, unter gleichzeitigem Ausbau des Verkehrswesens fördern, uns eine großzügige und unentgeltliche Gesundheitspflege und völlige Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses bringen. Der Ausbau der **Sozialversicherung**, vor allem der Alters-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Arbeitslosenversicherung für sämtliche Volksklassen, soll in Verbindung mit einem eidgenössischen Armengesetz das Gespenst der Not für immer aus unserm Lande verbannen, während eine großzügige **Förderung des Schulwesens aller Stufen durch den Bund** jedem begabten Kind unseres Volkes unentgeltliche Ausbildung bis zur höchsten Stufe von Wissenschaft und Kunst ermöglichen soll. Auch **Handwerk und Landwirtschaft** sind durch den Bund auf die größtmögliche Höhe der Leistungsfähigkeit, wie einer rationellen, die Wohlfahrt der Beteiligten allseitig fördernden Arbeitsweise zu heben. Der drohenden Überfremdung ist durch eine weitsichtige **Einbürgerungspolitik** zu begegnen. Und schließlich muß das Volk sich selbst und seine Beamten schützen gegen bürokratische Willkür durch **Demokratisierung der Verwaltung**, welche in Dezentralisation, Schaffung von Verwaltungsgerichten, Angestellten- und Arbeiterausschüssen zum Ausdruck kommen soll. Wir wollen einen starken, reichgegliederten **Wohlfahrtsstaat**, darin alle Volk und Staatsangestellte, sich heimisch fühlen; aber wir wollen **keine Bürokratenherrschaft**.

Mitbürger!

Das sind die wesentlichsten Punkte im Arbeitsprogramm des Schweizerischen Grütlivereins. Als sozialdemokratische Volkspartei arbeiten wir ausschließlich auf verfassungsmäßigem Boden und lehnen jede Putsch- oder Sabotage-

politik ab. Wir ringen in jedem Einzelfalle um Hirn und Herz der **Volksmehrheit**, welche **alleiniger Gesetzgeber der Demokratie** sein soll, und weisen jeden Versuch, nach russischem Muster die **Minderheitsdiktatur** unreifer, überspannter oder bewusst verbrecherischer Elemente auch bei uns einzuführen, des entschiedensten zurück. Wir verharren auf dem Wege der natürlichen Entwicklung getreu unserer Grundsätze:

Alles für das Volk und Alles durch das Volk!

Mitbürger! Unsere Kandidatenliste, nach sorgfältiger Vorbereitung verschiedenster Instanzen aus geheimer Wahl am Parteitag vom 21. September in Absichten hervorgegangen, trägt unserm politischen Programm, wie den speziellen Interessen der verschiedenen Berufsclassen und Landesteile in vollstem Maße Rechnung.

Wir laden Euch ein, am 26. Oktober die **Grütlienerliste** in die Urne zu legen.

Sozialdemokratische Volkspartei (Grütliverein) des Kantons Zürich.

Anmeldung für den Beitritt in die Sozialdem. Volkspartei (Grütliverein)

Der Unterzeichnete wünscht andurch als Mitglied in den Grütliverein (Sozialdemokratische Volkspartei) in aufgenommen zu werden.

Geschlechts- und Vorname:



Heimatsort:

Wohnort:

Beruf: Geboren:

....., den 19.....

Dieser Anmeldebeschein kann an den Vorstand des Grütlivereins des Wohnortes oder an das Sekretariat des Kantonalverbandes zürcherischer Grütlivereine, Nordstraße 20, Zürich 6, eingesandt werden.

 Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Volkspartei ist ohne irgendwelche Extraleistung gegen Unfälle, die mit Tod oder Ganzinvalidität enden, mit 1000 Fr. bei der Unfallversicherung Zürich versichert. 

Kandidatenliste.

1. **H. Wirz**, Nationalrat, Unter-Engstringen.
2. **H. Wirz**, Nationalrat, Unter-Engstringen.
3. **H. Seidel**, a. Nationalrat, Zürich 6.
4. **H. Seidel**, a. Nationalrat, Zürich 6.
5. Dr. **H. Enderli**, Kantonsrat, Zürich 4.
6. Dr. **H. Enderli**, Kantonsrat, Zürich 4.
7. Dr. **A. Kraft**, Schularzt, Zürich 8.
8. Dr. **A. Kraft**, Schularzt, Zürich 8.
9. **E. Walter**, Kantonsrat, Zürich 3.
10. **E. Walter**, Kantonsrat, Zürich 3.
11. **H. Egli**, Kantonsrat, Rüti.
12. **H. Egli**, Kantonsrat, Rüti.
13. Dr. **H. Ernst**, Regierungspräsident, Zürich 6.
14. Dr. **W. Fallet**, Zentralsekretär des Bundes technischer Angestellter der Schweiz, Höngg.
15. **J. Fischer-Hinnen**, Ingenieur, Professor am kantonalen Technikum, Ölikon.
16. **A. Keller**, Sekretär des Verbandes eidgen. Post-, Telegraphen- und Zollangestellter, Zürich 7.
17. **H. Kunz**, Gemeinderat, Stäfa.
18. Dr. **Lüthy**, Rektor der Handelsschule des K. B. Z., Zürich 1.
19. **F. Wydegger**, Zentralsekretär des Grütlivereins, Zürich 3.
20. **A. Detiker**, kantonaler Steuerkommissär, Zürich 5.
21. **U. Ribi**, Kantonsrat, Zürich 3.
22. **W. Rießer**, Bezirksschulpfleger, Pfäffikon.
23. **H. Rüegg**, Landwirt, Bauegg, Sternenbergr.
24. **G. Simmler**, S. B. B.-Beamter, Zürich 6.
25. **S. Werner**, a. Friedensrichter, Winterthur.

Kantonal Zürcherischer Verband der Festbesoldeten.

An die Mitglieder der dem K. Z. V. F.
angeschlossenen Organisationen!

Die Delegiertenversammlung des K. Z. V. F., die am 18. Oktober in Zürich tagte, nahm Stellung zu den

Neuwahlen des Nationalrates.

Für uns Festbesoldete ist es nicht gleichgültig, wer morgen in Bern die Interessen der Konsumenten vertritt. Wir haben die schweren Nachwirkungen des Krieges noch nicht verwunden; unsere Lebenshaltung hat den Stand vor der Weltkatastrophe bei weitem noch nicht erreichen können. Mit den politischen Parteien wetteifern die Wirtschaftsgruppen, um Einfluss im künftigen eidgenössischen Parlament zu gewinnen. — Die Delegiertenversammlung empfiehlt den Mitgliedern einstimmig, die Vertretung unserer Interessen dem Manne anzuvertrauen, der bisher immer mit grossem Geschick und warmem Herzen für uns eingestanden ist. Sie fordert alle Mitglieder auf, auf dem Stimmzettel, den sie einzulegen gedenken, den Namen unseres Vertrauensmannes zu schreiben:

Nationalrat Hardmeier, Uster.

Gemeinsame Interessen verknüpfen uns mit dem Kartell der Privatangestellten. Ihr Vertrauensmann wird auch für uns eintreten; die Mitglieder des Kartells halten uns gegenrecht. Setzt darum auch den Namen ihres Vertreters

Zentralsekretär Stoll, Zürich

auf den Stimmzettel.

Im übrigen empfiehlt Ihnen die Delegiertenversammlung, aus der grossen Zahl der Kandidaten auf allen Parteilisten diejenigen zu bevorzugen, die Gewähr dafür bieten, dass sie die Sache der Festbesoldeten mit Nachdruck verfechten werden.

Festbesoldete, erfüllt eure Pflicht!

Der Vorstand des K. Z. V. F.

FÜR ARBEIT UND HEIMAT



**Für Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe
Für die unveränderte
bäuerliche Liste
No V**

Jedermann am 26. Okt. an die Urne!

J. Lamm

J. Lamm

Richardson



An alle fathol. Schweizerbürger.

Edgenossen!

Der Augenblick rückt heran, in dem Ihr über die wichtige Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund Eure Stimme abgeben sollt. Nicht am wenigsten hängt der Entscheid in dieser für unser Vaterland so schicksalsschweren Frage von Eurer Stimmabgabe ab.

Das sei Euer Stolz; es ist aber noch mehr Eure große Verantwortung für Gegenwart und Zukunft.

In Eure Hand ist es gelegt, ob die Schweiz dem großen Weltbunde der Völker beitreten wird, der bezweckt, den Weltfrieden zu sichern, die soziale Weltrevolution zu verhüten, die Kriege möglichst zu vermeiden, militärische Abrüstungen zu erwirken und das wirtschaftliche und soziale Gedeihen der Bundesglieder zu fördern,

oder ob die Schweiz durch den Nichtbeitritt nebenans dieser großen Völkergemeinschaft stehen soll, ob sie alle erdrückenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren und Schäden dieses Zustandes auf sich nehmen, sowie ihre bisherige, mühsam errungene internationale Stellung, statt zu verstärken, preisgeben soll.

Neben 30 in den Weltkrieg verwickelten Staaten aller Erdteile sind auch sämtliche neutralen Staaten der Erde, vorab die europäischen: Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Spanien, bereits definitiv beigetreten, bis auf die Schweiz. Fast alle katholischen Völker und fast alle Völker mit starken katholischen Volksbeständen gehören demselben an.

Wohl sind Deutschland, Oesterreich und Ungarn zurzeit in den Bund noch nicht aufgenommen. Aber diese Völker ersehnen den Beitritt lebhaft und werden voraussichtlich schon in kurzer Zeit Aufnahme finden. Durch den Nichtbeitritt der Schweiz würde aber diese Aufnahme nur erschwert und verzögert.

Die anfänglichen Bedenken wegen des Fortbestandes der geschichtlichen politischen und militärischen Neutralität der Schweiz im Völkerbund sind durch die feierliche Londoner-Erklärung des Völkerbundesrates vom 13. Februar d. J. gänzlich zerstreut. Mit dem Beitritt erhielt diese Neutralität gegenüber der bisherigen, durch die Wiener Kongressakte von 1815 festgelegt, eine wesentliche Festigung und Verbreiterung. Hier waren nur 8 europäische Staaten Garanten dieser Neutralität. Beim Beitritt zum Völkerbund werden es aber mehr als 40 Staaten aller Erdteile sein. Treten wir nicht bei, ist es mit unserer Neutralität schlechter bestellt, als vor der Wiener Kongressakte.

Zu sagen ist auch, daß der Völkerbund sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesglieder nicht mischt.

Der Schweiz warten beim Beitritt nur Vorteile, wobei es ja möglich ist, daß diese Vorteile nicht so groß sein werden, wie einzelne träumen.

Vom Nichtbeitritt hat die Schweiz ganz sicher nur Nachteile zu gewärtigen, Nachteile, die erdrückend für sie ausfallen würden, abgesehen davon, daß sie damit in eine völlige politische Abhängigkeit vom einen und andern mächtigen Nachbar geriete.

In dieser Ueberzeugung haben die eidgenössischen Räte, haben Eure katholischen Führer und Vertrauensmänner in der Bundesversammlung mit erdrückender Mehrheit den Beitritt bejaht.

In dieser Ueberzeugung hat der hohe Bundesrat auf einstimmigen Beschluß den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beim Generalsekretariat desselben auf den vereinbarten Termin angemeldet.

Katholisches Schweizervolk!

Höre auf den Ratsschlag Deiner berufenen und verantwortlichen Führer und nicht auf die wohlfeilen und hezerischen Schlagworte der Gegner.

Es ist nicht wahr, daß der Völkerbund ein Freimaurerwerk ist. Auch katholische Rechtsgelehrte haben bei seinem Statut mitgewirkt; beste katholische Staatsmänner, höchste katholische Kirchenfürsten der meisten Staaten der Welt haben den Beitritt ihrer Länder eindringlich empfohlen, und der Generalsekretär des Völkerbunds ist ein führender Katholik Englands. Es ist auch wohl zu beachten, daß die spezifische Forderung der internationalen Freimaurerei für das Völkerbündnistatut in demselben keinerlei Berücksichtigung fand.

Es ist nicht wahr, daß die Schweiz mit dem Beitritt Gefahr läuft, in Kriege hineingerissen zu werden; im Gegenteil, ihre Neutralität wird mit dem Beitritt noch viel fester verankert als bisher.

Es ist nicht wahr, daß die Schweiz mit dem Beitritt in größere Abhängigkeit von außen geriete; diese Abhängigkeit käme aber mit dem Nichteintritt.

Es ist nicht wahr, daß wir uns mit dem Beitritt auf die Härten der Friedensverträge verpflichten; wohl aber gestattet uns die Mitgliedschaft im Völkerbund, für eine billige Milderung solcher Härten einzustehen.

Wer einen erträglichen friedlichen Wiederaufbau nach all dem furchtbaren Kriegselend will, wer dem Geiste der Völkerveröhnung Wege bahnen, wer ehrlich mithelfen will an der Wiederkehr besserer Zeiten und gesunder Verhältnisse, wer die politische und wirtschaftliche Lage der Schweiz und das Gedeihen unserer wichtigsten Erwerbsstände, vor allem des Bauern- und Arbeiterstandes, nicht schwersten Gefahren aussetzen will, der stimmt für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

Schweizerkatholiken!

Eine Verwerfung des Beitrittes hätte auch schwere innere Zerrwürfnisse und Wirren in unserem Lande im Gefolge, indem unsere welschen Mitbürger die Verwerfung als einen Schlag gegen sie empfänden. Unter diesen Zerrwürfnissen würde die von Euch heißersehnte und bereits aussichtsvoll inszenierte Revision der Kulturkampfartikel der Bundesverfassung begraben, zugleich aber auch die Stellung der katholischen Kleinkantone gefährdet.

Gewiß hat es unter den Gegnern auch solche aus achtungswerten Gründen des Gefühls. Wenn aber je in einer Frage nicht Gefühlsgründe, sondern lediglich die sorgfältig erwogenen Gründe des Verstandes den Ausschlag geben dürfen, so ist es in dieser. Alle Verstandesgründe sprechen für den Beitritt.

Wer sind übrigens die wütendsten Gegner des Beitritts? Es sind die revolutionären Sozialisten; es sind jene Leute, deren Treiben Ihr hunderte Eurer besten Söhne 1918/19 opfern mußtet. Wollt Ihr am 16. Mai jenem Lager zu Hilfe eilen, das die Welt mit einem Bolschewisten-Völkerbund — mit der Lenin-Trotski-Kolonne beglücken will?

Katholisches Schweizer Volk!

Willst Du die Beitrittsanmeldung des hohen Bundesrates zum Völkerbund zerreißen, die die Unterschrift eines deiner Besten, des Bundespräsidenten Motta, trägt und damit die Stellung der Landesregierung nach außen hin aufs Schwerste erschüttern? Nie und nimmer!

Darum, katholische Eidgenossen aller Landesteile, von den Alpen bis zum Jura, vom Rheine bis zur Rhone und zum Tessin, vor allem aber Ihr, Miteidgenossen der katholischen Kleinkantone, deren Stimme angesichts des Ständevotums doppelt ins Gewicht fällt, legt am 16. Mai in die Urnen ein einmütiges

Ja!

Es lebe die freie schweizerische Eidgenossenschaft!

Hoch das Schweizer Volk!

Die katholischen Mitglieder des schweizerischen Aktionskomitees für den Beitritt zum Völkerbund.

STIMMT FÜR DIE LISTEN N° 4



DER EVANG. VOLKSPARTEI

Arbeitsziele der Evangelischen Volkspartei des Kantons Zürich.

I. Auf allgemein sittlichem Gebiete:

1. Bekämpfung des Alkoholismus durch Einführung des antialkoholischen Unterrichtes in den Schulen, Errichtung alkoholfreier Gemeindestuben und Gemeindehäuser, Aufstellung eines Trinkerfürsorgegesetzes, Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes und Erweiterung des Alkoholmonopols auf die privaten Brennereien.
2. Verwirklichung von Forderungen, die von den Vereinigungen für sittliches Volkswohl an den Gesetzgeber gestellt werden, wie Unterdrückung der unsittlichen Inserate, Erhöhung des Schutzalters für junge Mädchen, Bekämpfung der Prostitution und des Mädchenhandels, Ausdehnung des Mutter- und Jugendschutzes.
3. Hebung der Volksbildung durch Einführung von Volksbildungskursen und Vortragsserien.

II. Auf politischem Gebiete:

1. Unantastbarkeit der durch die Verfassung gewährleisteten Vereinsfreiheit.
2. Volles Stimmrecht und aktives und passives Wahlrecht für alle Schweizerfrauen, welche das 20. Altersjahr zurückgelegt haben.
3. Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für alle direkten Volkswahlen.
4. Wahl des Bundesrates nach dem Proporz.
5. Demokratisierung der Armee mit klarer Unterstellung der militärischen Gewalt unter die zivile.
6. Revision des Erbschaftssteuergesetzes im Sinne der Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen und der Erhöhung der Ansätze.
7. Revision des Medizinalgesetzes auf eidgenössischem Boden, Anerkennung des Naturheilverfahrens, nicht aber Freigabe der ärztlichen Praxis.
8. Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche.

III. Auf sozialem Gebiete:

1. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen ohne Ansehen der Vermögensverhältnisse.
2. Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes im Sinne der Arbeitswoche von 48 Stunden mit freiem Samstagnachmittag und Einführung der gleichen Arbeitszeit in denjenigen Betrieben, für welche die kantonale Gesetzgebung zuständig ist, beides, soweit die Abhängigkeit der Schweiz vom internationalen Arbeitsmarkt es erlaubt.
3. Erweiterung der Bestimmungen zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Mütter und Kinder.
4. Übersiedelung der Industriearbeiterschaft in die Umgebung der Industrieorte. Notwendige Vorbedingung hierfür ist Ausbau und Verbilligung des Vorortverkehrs, Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Kleingartenbewegung durch Staat und Gemeinde.
5. Schaffung einer klar umschriebenen Rechtsordnung für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch dann, wenn der Staat oder die Gemeinde Arbeitgeber ist. Errichtung eines Verwaltungs- und Disziplinargerichtshofes, zu dem auch Arbeitnehmer als Richter beizuziehen sind. Dadurch werden die Arbeitgeber ebenfalls gegen willkürlichen Zwang und ökonomische Schädigungen geschützt.
6. Der persönliche Arbeitsvertrag ist soweit wie möglich durch den Tarifvertrag zu ersetzen.
7. Einführung paritätischer Einigungskommissionen in den einzelnen Betrieben. Ihre Entscheidungen sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindlich.
8. Paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
9. Sofortige Anhandnahme der Alters- und Invalidenversicherung, Ausbau der Krankenversicherung im Sinne des Obligatoriums. Die Organisation und Verwaltung der Kassen soll den bisherigen Verbänden überlassen werden, sofern sie die gesetzlichen Pflichten erfüllen.
10. Arbeitslosenfürsorge auf Grund des Obligatoriums (Arbeitslosenkasse). Ausbau der Unfallversicherung und deren Ausdehnung auf alle Betriebe und auf die Nichtbetriebsunfälle.
11. Erweiterung des Genossenschaftswesens in allen Handels- und Industriezweigen, wo sich dasselbe bereits bewährt oder wo es empfehlenswert erscheint.
12. Verstaatlichung derjenigen Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistische und monopolistische Herrschaftsrechte herausgebildet haben, wie bei den Wasserkraften, im Versicherungswesen, bei Hypothekenbanken. — Konfiskation ist ausgeschlossen.
13. Schaffung von Wirtschaftsräten zur Beratung der Behörden in wirtschaftlichen Fragen.

